

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



„Dem Chauvinismus die Weltoffenheit gegenüberstellen“

Auch heuer feierten Antifaschistinnen und Antifaschisten die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges. Genosse Gerald Netzl lässt die Gedenkfeierlichkeiten für unsere LeserInnen Revue passieren.

72 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und dem Kriegsende in Europa fand eine Reihe mittlerweile fast schon traditioneller Feiern statt. Den Auftakt machte am 5. Mai das Parlament. Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und Nationalratspräsidentin Doris Bures begrüßten die zahlreichen Gäste, darunter erfreulich viele FunktionärInnen unseres Bundes. Übereinstimmend äußerten sie: „Je mehr Zeit vergeht, umso wichtiger wird das Erinnern.“ Die sehr persönlich gehaltene Gedenkrede hielt die Holocaust-Überlebende Gertrude Schneider. Für uns ein wenig irritierend, dass sie – in Erinnerung an ihren Großvater – mit den Schuschnigg-Worten vom 12. März 1938 „Gott schütze Österreich!“ endete.

Der Höhepunkt der Feierlichkeiten war die Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen am 7. Mai mit rund 6.000 TeilnehmerInnen. Sie stand heuer unter dem Motto „Internationalität verbindet“. Um 10.00 Uhr fand die sozialdemokratische Feier mit ca. 90 TeilnehmerInnen bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek statt. Starke Abordnungen nahmen aus Tirol, Salzburg, der Steiermark, Wien und natürlich aus Oberösterreich teil. Unsere Hauptrednerin war Staatssekretärin Muna Duzdar. Genossin Duzdar bedankte sich für die Einladung und be-

tonte, dass wir in Staaten und Gesellschaften leben wollen, die die Würde aller Menschen respektierten. Denn diese Menschenwürde ist nicht teilbar. Sie ist aber verletzlich. Und es ist nicht die Zeit, die die Wunden



Vor dem Denkmal für Richard Bernaschek im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen (v.l.n.r.): Samuel Puttinger, Stefanie Lamp, Dagmar Casagrande, Muna Duzdar, Gerald Netzl, Helmut Muigg, Werner Anzenberger und Peter Prinz

heilt, sondern der Geist der Solidarität. Unsere Feier endete mit der „Internationale“. Die anschließende getragene ablaufende Befreiungsfeier dauerte wiederum zwei Stunden. Sie endete mit dem gemeinsamen Auszug aller TeilnehmerInnen durch das Lagertor.

Schon am nächsten Tag, am 8. Mai, luden Bundeskanzler Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner 100 Gäste zum „Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Eu-

ropa“. Genosse Kern, der am Vortag so wie Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Nationalratspräsidentin Doris Bures und mehrere Regierungsmitglieder in Mauthausen war, freute sich über die vielen jugendlichen TeilnehmerInnen an der Befreiungsfeier. „Erinnern und Versöhnen ist unsere Aufgabe. Wir müssen wehrhaft sein und dem Chauvinismus

persönlich Erlebtes mit den Ereignissen der Weltgeschichte. Das Publikum wurde an den teuflischen Generalplan Ost erinnert. Millionen slawischer Menschen sollten einer Kolonisierung und „Germanisierung“ von Teilen Ostmittel- und Osteuropas zum Opfer fallen. Sie forderte in ihrer Rede eindringlich auf, an die Millionen ermordeter Kinder zu denken. Ein einziges Mal gab es bei der sehr würdevollen Feier Zwischenapplaus: Als Katja Sturm-Schnabl der anwesenden Käthe Sasso für ihren Widerstand gegen das Nazi-Regime dankte.

Am Abend des 8. Mai feierten rund 4.000 Menschen mit dem Mauthausen Komitee Österreich und den Wiener Symphonikern am Heldenplatz das bereits fünfte „Fest der Freude“. Ein Höhepunkt des Fests war die Rede der Zeitzeugin Lucia Heilmann. Sie erzählte von ihren Erlebnissen am 15. März 1938 auf dem Heldenplatz. Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreich,

betonte die Bedeutung des Fests der Freude: „Wir haben es geschafft, dass am 8. Mai hier am Heldenplatz keine Hetzer, Ewiggestrigen und Nationalisten manifestieren, sondern Menschen, die den Tag der Befreiung mit einem bunten Fest der Freude feiern. Dieses friedliche Miteinander, das uns hier gelungen ist, muss uns in ganz Europa gelingen.“

Auf den Seiten 4 bis 6 dieser Ausgabe finden sich weitere Berichte zu Befreiungs- und Gedenkfeiern.

die Weltoffenheit gegenüberstellen“, sagte Kern. Reinhold Mitterlehner hielt fest, dass der 8. Mai Tag der Freude und Tag der Verantwortung zugleich sei. „Wir haben die Verpflichtung, die Erinnerung wachzuhalten.“

Genossin Katja Sturm-Schnabl, Angehörige der slowenischen Volksgruppe und als solche 1942 als Sechsjährige von den Nazis in ein Lager gesteckt, dankte der ARGE der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs sie als Rednerin vorgeschlagen zu haben. Im Referat verband sie



Hohe Auszeichnung für Helene Maimann und Doron Rabinovici

Die Historikerin, Autorin, Ausstellungs- und Filmemacherin Prof.in Dr.in Helene Maimann und der Historiker und Schriftsteller Dr. Doron Rabinovici erhielten am 31. Mai in Wien die Rosa-Jochmann-Plakette unseres Bundes.



Die Geehrten mit Mitgliedern des Bundesvorstandes (v.l.n.r.): Jessica Müller, Dagmar Casagrande, Doron Rabinovici, Helene Maimann, Gerald Netzl und Ali Kohlbacher

Helene Maimann betonte, dass Rosa Jochmann das Postulat des „Niemals vergessens!“ auch in einem anderen Kontext erwähnte: Es gab nach der Befreiung viele Überlebende der Lager, die jede Nacht aus Alpträumen aufwachten und das Erlebte niemals vergessen könnten. Beide Großmütter Helene Maimanns wurden von den Nationalsozialisten und ihren Helfern um-

gebracht. In ihrer Arbeit legte sie immer ein starkes Gewicht auf das Überleben. Sie freute sich, diese hohe Auszeichnung gemeinsam mit ihrem Freund Doron Rabinovici zu erhalten.

Doron Rabinovici dankte für die große Ehre und bedauerte, dass sein Freund Prof.

Rudolf Gelbard krankheitsbedingt nicht an der Feier teilnehmen konnte. Der KZ-Überlebende und Zeitzeuge Gelbard wirkte in seiner Theaterarbeit „Die letzten Zeugen“ mit. Rabinovici erinnerte in seiner Rede an die starke Frau Rosa Jochmann, die 1986 Kurt Waldheims NS-Vergangenheit zur Sprache brachte. Jochmanns Worte seien ein wichtiges Vermächtnis für die Jugend. Doron Rabinovici

schloss mit einem eindringlichen Appell gegen eine Regierungszusammenarbeit von SPÖ und FPÖ nach der Nationalratswahl am 15. Oktober – das entspricht auch exakt der Position unseres Bundes.

Nach dem Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie in Wien promovierte Helene Maimann mit einer Grundlagenforschung über das österreichische Exil. Diese wurde 1975 unter dem Titel „Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938–1945“ veröffentlicht. Maimann leitete in den 1980er-Jahren große Ausstellungen zur österreichischen Zeitgeschichte, darunter: „Mit uns zieht die neue Zeit. Arbeiterkultur in Österreich 1918 - 1934“ (1981), „Die Kälte des Februar. Österreich 1934 - 1938“ (1984) sowie „Die ersten hundert Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888 - 1988“ (1988). Von ihren zahlreichen Filmen seien nur zwei aus jüngster Zeit genannt: „Der Riss der Zeit. Die Vertreibung von Intelligenz und Kultur“ (2015) und „Käthe Leichter. Eine Frau wie diese“ (2016).

Seit 1964 lebt Doron Rabinovici in Österreich. Er studierte an der Universität Wien und promovierte im Jahre 2000 mit der historischen Arbeit „Instanzen der Ohnmacht. Die Wiener jüdische Gemeindeleitung 1938 bis 1945 und ihre Reaktion auf die nationalsozialistische Verfolgung und Vernichtung“. Als engagierter Intellektueller rief er im Jahre 2000 aus Protest gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zur Großdemonstration „Nein zur Koalition mit dem Rassismus“ auf. Er engagiert sich im „Republikanischen Club – Neues Österreich“ gegen Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und Rechtspopulismus. 2013/2014 initiierte und konzipierte Rabinovici die Zeitzeugenproduktion „Die letzten Zeugen“ am Burgtheater.

Die Redaktion gratuliert herzlich zu den verdienten Würdigungen!

WEBTIPP: Mehr zum Leben und Wirken der großen Antifaschistin Rosa Jochmann unter www.rosajochmann.at. Eine kurze Vorstellung der Website findet sich auf Seite 14 dieser Ausgabe

Die Auszeichnungen unseres Bundes

Unser Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en vergibt drei Auszeichnungen: die Otto-Bauer-Plakette, die Rosa-Jochmann-Plakette sowie das Goldene Abzeichen unseres Bundes. Für die ersten beiden Auszeichnungen gilt, dass der Beschluss durch den Bundesvorstand einstimmig gefasst werden muss. Das Goldene Abzeichen wird langjährigen und verdienten MitarbeiterInnen und FunktionärInnen zuteil.

Mit der Schaffung der **Otto-Bauer-Plakette** anlässlich des 30. Todestages von Otto Bauer im Jahr 1968 soll das Andenken an diesen großen Sozialisten wachgehalten werden. In knapp 50 Jahren wurden 170 Genossinnen und Genossen damit geehrt. Die Otto Bauer-Plakette kann verliehen werden:

- an Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei,
- für besondere Verdienste im Freiheitskampf gegen den Faschismus,
- für besondere Verdienste um die sozialistische Arbeiterbewegung und
- für besondere Verdienste im Kampf gegen Neofaschismus und Antisemitismus.

Mit der Schaffung der **Rosa-Jochmann-Plakette** im Jahr 2015 wollen wir an unsere langjährige Vorsitzende erinnern. Bisher wurden 15 Menschen für ihr antifaschistisches Wirken mit dieser Plakette geehrt. Die Rosa-Jochmann-Plakette kann verliehen werden:

- an Personen, die nicht Mitglied der SPÖ sind und sich besondere Verdienste im Kampf gegen Neofaschismus und Antisemitismus erworben haben (in Ausnahmefällen auch an SPÖ-Mitglieder).

Das **Goldene Abzeichen unseres Bundes** wurde geschaffen um jene Genossinnen und Genossen zu ehren, die als Funktionärinnen und Funktionäre durch ihre Mitarbeit unseren Bund tragen. Voraussetzung ist eine Funktion von mindestens zehn Jahren, die Vergabe erfolgt durch die Bezirksgruppe oder den Landesverband.



Eduard Giffinger, Kira Höfenstock, Manfred Wurm, Doris Bures, Gerald Bischof und Gerald Netzl (v.l.n.r.)

Wien: Otto-Bauer-Plakette für Gerald Bischof und Manfred Wurm

Am 14. März wurden Liesings Bezirksvorsteher Gerald Bischof und Alt-Bezirksvorsteher Manfred Wurm bei der Bezirkskonferenz der SPÖ Liesing mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet. Beide Genossen sind langjährige Mitglieder unseres Bundes. Sie stehen für eine klare antifaschistische Haltung und unterstütz(t)en als Bezirksvorsteher zahlreiche Erinnerungs- und Gedenkprojekte im 23. Wiener Gemeindebezirk – wie etwa Straßennamen, Gedenktafeln, Broschüren, Steine der Erinnerung, Veranstaltungen, beispielsweise für die FebruarkämpferInnen und die Opfer der Nazis. Sowohl Bischof als auch Wurm setzen sich für eine menschliche Flüchtlingspolitik ein. Die Redaktion gratuliert zur Auszeichnung!

Bundeskonzferenz 2017

Die Bundeskonferenz des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en findet am

Samstag, den 18. November 2017,
im Veranstaltungszentrum Catamaran, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
statt.

Teilnahmeberechtigt sind die Delegierten der Landesverbände, des Bundesvorstands sowie geladene Gäste.

Die Einladungen an die Delegierten erfolgen durch das Sekretariat.

Gegen eine Koalition mit der FPÖ

Im Mai und Juni wurde viel über eine mögliche Koalition von SPÖ und FPÖ nach der Nationalratswahl am 15. Oktober spekuliert, diskutiert und polemisiert. Die Position unseres Bundes ist ebenso einfach wie eindeutig: Die Freiheitskämpfer/innen lehnen eine rot-blaue Zusammenarbeit ab und das schon seit Jahren. Wer in der Vergangenheit unsere Zeitung gelesen hat, kennt die Begründungen dafür. Unsere Position vertreten wir auch konsequent in den diversen Parteigremien.

Im Falle einer Mitgliederbefragung ist klar, welche Empfehlung wir abgeben würden: Nein zu Rot-Blau. Die meisten Wortmeldungen und Diskussionen von SPÖ-FunktionärInnen dazu in der Öffentlichkeit waren wenig hilfreich und dienen eher unseren politischen GegnerInnen. Deshalb haben wir uns selbst zurückgehalten.

NEIN

Wir gratulieren: April bis Juni 2017

104. Geburtstag: Feingol Marko, Salzburg; **99. Geburtstag:** Bassani Anna, Bad Aussee; **97. Geburtstag:** Bock Susanne, Wien; **96. Geburtstag:** Kriz Georg, Krems/Donau; Glanzer Elise, Klagenfurt; **95. Geburtstag:** Nossian Ilse, Zwettl; Putz Erna, Salzburg; **94. Geburtstag:** Wessely Gertrude, Eisenstadt; Seda Erika, Taussig Henriette, Busta Adalbert, Wien; **93. Geburtstag:** Focke Franz, Wien; **91. Geburtstag:** Zellner Leopold, Korneuburg; Prammer Anna, Linz; Mader Gerald; Mattersburg; Fischböck Edjtha, Mödling; Grasel Alfred, Siczowsky Anna, Wien; **90. Geburtstag:** Buchner Alois, Braunau Am Inn; Bauer Otto, Klein Paul, Munda Willibald Patzelt Margareta, Wien; **85. Geburtstag:** Fischer Benedikt, Attnang-Puchheim; Sedlmayer Hans, Bisamberg; Schwarz Heinrich, Steyr; Orzel Maria, Worel Gerti, Wien; Hahnler Erika, Wiener Neustadt; Lukaschitz Franz, Zwölfaxing; **80. Geburtstag:** Bauer Josef, Herzogenburg-Einöd; Fröhlich Leopold, Korneuburg; Patzelt Alfred, Traiskirchen; Aufrichtig Julius, Kögl Eveline, Pascher Franz, Schiel Hans, Wien; **75. Geburtstag:** Riedmayer Otto, Baden; Fleck Walter, Eisenstadt; Bürger Alexander, Elsbethen; Schiefer Leopold, Gerasdorf; Heyderer Gertraud, Guntramsdorf; Marinell Sigrid, Innsbruck; Klaushofer Roland, Unger Martha, Linz; Sieber Eduard, Mattersburg; Contreras-Lichtenberg Ruth, Pitten; Bogataj Mirko, Seeboden; Macher Josef, Straudorf; Dörflinger Franz, Hauer Elisabeth, Hawlicek Hilde, Jank Herbert, Katlein Irene, Maier Theodor, Moos Johanna, Pelz Ludwig, Prusa Eduard, Stacher Ulrich, Wien; Ebner Gerlinde, Wöllersdorf.

Wien: Gerald Netzl als Vorsitzender bestätigt

Am 11. Mai trafen sich im Bildungszentrum der SPÖ Wien 65 Delegierte, um die Konferenz der Wiener Landesgruppe unseres Bundes abzuhalten. Die Konferenz bildete den Auftakt einer Mitgliederoffensive.

Marcus Schober begrüßte die Genossinnen und Genossen namens der Wiener SPÖ-Bildung und betonte die gute Zusammenarbeit mit unserem Bund. Die 50-seitige Berichtsmappe ist ein eindrucksvolles Zeugnis über die breite, engagierte Arbeit der Bezirksgruppen und der Wiener Landesgruppe. (Gerne kann die Berichtsmappe elektronisch zugeschickt werden.)

In geheimer Wahl wurde Gerald Netzl mit einer Streichung bestätigt, seine StellvertreterInnen sind Bundesvorsitzender Hannes Schwantner und Volkmar Harwanegg sowie Marina Hanke. Herta Slabina, die 22 Jahre verantwortungsvolle Funktionen in unserem Bund ausübte, wurde per Akklamation Ehrenmitglied des Vorstands.

Zwei Anträge und zwei Resoluti-

onen wurden diskutiert und beschlossen. Der erste Antrag wendet sich gegen eine Einschränkung des Demonstrationsrechts. Im zweiten Antrag wird eine inhaltliche Bildungsoffensive des Landesverbands gefordert. Im Rahmen einer Resolution wurde beschlossen, die Zahl von aktuell 1.855 Wiener Mitgliedern noch heuer auf über 2.000 zu steigern. Das kann nur von allen FunktionärInnen gemeinsam geschafft werden. Neue Mitglieder gewinnen wir vor allem im Kreis der Mitglieder der SPÖ Wien.

Eine weitere Resolution bezieht klar Stellung gegen historische Revisionismen in Europa. Denn 72 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg sieht unser Bund mit großer Sorge ernsthafte Probleme in mehreren europäischen Ländern, vor allem in Mittel- und Osteuropa – etwa in Polen, den Staaten

des Baltikums, Ungarn, der Ukraine und Kroatien. Wir tolerieren nicht, dass Denkmäler der Befreier demontiert oder durch die gegenwärtigen politischen Regierungen zerstört werden wie in Polen, Kroatien und der Ukraine. Wir tolerieren nicht, dass der Kampf der PartisanInnen und WiderstandskämpferInnen abgewertet wird.

In der Diskussion der Berichte meldeten sich die junge Bezirksvorsitzende Kira Höfenstock aus Liesing und ihr neuer Kollege aus Meidling, Dominik Lang, zu Wort. Sie legten den Delegierten ihre Motive für ihr Engagement in unserem Bund dar. Sie wollen besonders junge Menschen historisch aufklären und überzeugen. Ähnlich äußerte sich der langjährige Vorsitzende der Brigittenau, Kurt Cizek, der als Zeitzeuge mit



Die neu gewählte Vorstand unserer Wiener Landesorganisation: Volkmar Harwanegg, Ronny Jesenko, Helga Maier, Dagmar Casagrande, Gerald Netzl, Marina Hanke und Johannes Schwantner (v.l.n.r.; Ali Kohlbacher musste sich aus gesundheitlichen Gründen leider entschuldigen)

jüngeren und älteren Menschen das Gespräch sucht und findet. Abschließend überbrachte Gerhard Fürnsinn die Grüße unserer jüdischen FreundInnen. Gerald Netzl betonte, dass unser Bund auch künftig die Verantwortung für die Zukunft und besonders den Kampf gegen den Antisemitismus führen wird. ■

Wachsam in die Zukunft

Bei der Landeskonferenz der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Oberösterreichs am 24. April wurde Samuel Puttinger zum Vorsitzenden gewählt.



Lukas Greul

Neben dem bis dato geschäftsführenden Vorsitzenden Samuel Puttinger wurden Leo Praschl, Elysa Waltner, Helga Buchinger, Dieter Strobl, Margarete Benedics, Laurien Janina Scheinecker und erstmals Helmut Ruß in den Vorstand gewählt

Die Eröffnungsworte der dritten Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer brachten es auf den Punkt: „Die FreiheitskämpferInnen haben als der Geschichte verpflichtete Mahnerinnen und Mahner eine wichtige Rolle innerhalb der SPÖ. Dies gilt für die Vergangenheit, für die Gegenwart und

für die Zukunft.“ Bundesvorsitzender Johannes Schwantner verwies in seinen Grußworten auf die kommende Gedenkfeier in der Gedenkstätte Mauthausen und auf die Wichtigkeit des damit verbundenen Erinnerns. In jeder Hinsicht spannend war das Referat des Datenforensikers Uwe Sailer, der die Geschichte und die Entwicklung der FPÖ kritisch beleuchtete.

Berichtet wurde weiters über die zahlreichen Aktivitäten und Bildungsmaßnahmen der vergangenen Funktionsperiode. Erfreulich ist, dass neue Mitglieder begrüßt werden konnten und der oberösterreichische Verband zu den stärksten in Österreich zählt. Gemeinsam mit verschiedenen BündnispartnerInnen gilt es, Widerstand gegen neue rechte Strömungen zu leisten und das Gedenken an die Opfer des Faschismus aufrecht zu erhalten. ■

Gedenken an den 12. März 1938

Am 12. März 1938 begrüßten jubelnde Massen den Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Um diesen schwärzesten Tag in unserer Geschichte niemals zu vergessen, trafen sich VertreterInnen der Opferverbände Oberösterreichs beim Denkmal zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus am Bernaschek-Platz in Linz-Urfahr zur Kranzniederlegung. ■



Samuel Puttinger, Vorsitzender der FreiheitskämpferInnen in Oberösterreich, bei seiner Gedenkrede

Aufstehen gegen Rechts

Früher war es üblich, dass alte und neue Nazis aus Braunau und Umgebung gemeinsam mit GesinnungsgenossInnen aus anderen Ländern um den 20. April vor Hitlers Geburtshaus dessen Geburtstag feierten. Bis entschlossene AntifaschistInnen mit einer lautstarken aber friedlichen Gegendemonstration dem Spuk ein Ende setzten. So auch in diesem Jahr: Am Samstag, den 22. April haben die FreiheitskämpferInnen OÖ in Zusammenarbeit mit den BraunauerInnen und anderen Gruppierungen demonstrier-

end ein deutliches Zeichen gegen Rechts gesetzt. ■



Samuel Puttinger, Elysa Waltner, Rene Gernot Hetterle, Stefani Röthamer und Sabrina Knoll machten gemeinsam mit anderen AntifaschistInnen klar, dass für FaschistInnen in Braunau kein Platz ist

Die Ewigkeit darf nicht zu Ende gehen

Bei einer großen Gedenkfeier im ehemaligen KZ-Außenlager Ebensee am 6. Mai hielt der Schriftsteller Robert Menasse ein eindrückliches Gedenkreferat. Alexander Neunherz hat die wichtigsten Passagen für unsere Zeitung zusammengefasst.

In einem offenen Viehwagon wurde Max R. Garcia in das Konzentrationslager Mauthausen verschleppt. Der Großteil der weiteren Gefange-

nen überlebte die Fahrt nicht. Später wurde er nach Ebensee gebracht, um dort in 12-Stunden-Schichten in einem Stollen zu schuften. Tag wie Nacht. Der Lagerkommandant ließ zum Zeitvertreib Häftlinge von seinem Hund in Stücke reißen. Alltag im Konzentrationslager. Daneben waren schwerste Zwangsarbeit, Hunger und Krankheit allgegenwärtig.

Robert Menasse kritisierte in seiner Gedenkrede, dass die Realpolitik „immer weicher und nachgiebiger wird gegenüber den Parolen und Forderungen der Nationalisten“

Doch Max R. Garcia über-

lebte – körperliche und seelische Verletzungen trägt er bis heute mit sich. Die Auseinandersetzung mit solchen Einzelschicksalen macht deutlich, wie menschenverachtend das NS-Regime arbeitete. Die Erinnerung daran wach zu halten, ist daher unsere Pflicht. Doch haben „Niemals vergessen!“ und „Niemals wieder!“ noch dieselbe Bedeutung wie vor 70 Jahren? Oder sind sie heute nur mehr gut gemeinte Floskeln?

Die passende Antwort darauf fand der österreichische Schriftsteller Robert Menasse bei seiner beeindruckenden Gedenkrede in Ebensee. Menasse meinte: „Unsere Herausforderung ist also nicht nur, immer wieder zu erzählen, was geschehen ist, daran zu erinnern, welche Konsequenzen daraus gezogen wurden, sondern eine noch viel kompliziertere: nämlich zu verhindern, dass die

Ewigkeit zu Ende geht! Das ist nun unsere vertrackte Aufgabe: Zu verhindern, dass am Ende es auch nur eine Epoche der Geschichte war, eine Erzählung aus der Geschichte, was doch für alle Zukunft eine Lehre aus der Geschichte sein sollte.“

„Niemals wieder!“ kann für Menasse nur durch ein geeintes Europa sichergestellt werden. Ein Europa der überzeugten EuropäerInnen, die an der friedenspolitischen Aufbauarbeit der letzten Jahrzehnte festhalten. Wie steht es um „Niemals vergessen!“? Robert Menasse hat dazu eine klare Antwort: „Es ist mehr zu tun als zu mahnen!“

WEBTIPP: Die gesamte Rede von Robert Menasse im Rahmen der diesjährigen Befreiungsfeier Ebensee kann auf memorial-ebensee.at nachgelesen werden.



Zuerst kommt der Nationalismus, dann der Krieg

Neben der jährlichen internationalen Feier in der Gedenkstätte Mauthausen finden im April und Mai auch an zahlreichen Nebenlagern Gedenkveranstaltungen statt. So auch im KZ-Außenlager Linz I/III.

Gemeinsam mit dem Betriebsrat der Voest Alpine, der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände und VertreterInnen der Betriebsseelsorge erinnerten die Freiheitskämpfer/innen Oberösterreich am 5. Mai mit einer Kranzniederlegung am Gedenkstein für die ermordeten Zwangsarbeiter, an die Befreiung des ehemaligen Außenlagers des KZ Mauthausen. Dr. Helmut Fiereder zitierte in seiner Rede Francois Mitterrands Ausspruch „Zuerst kommt der Nationalismus, dann kommt der Krieg!“ und mahnte abschließend „Schauen wir zurück, aber auch nach vorne. Lassen wir nicht zu, dass die Gespenster der Vergangenheit zurückkehren!“

Am heutigen Voest-Gelände, der

ehemaligen Reichswerke Alpine Montanbetriebe „Hermann Göring“ Linz wurde, mit großzügiger Unterstützung durch die VA-Stahl und VA-Tech, am 10. Mai 1999 eine Dauerausstellung über die Zwangsarbeiter dieses Lagers, vom damaligen Bürgermeister Franz Dobusch eröffnet mit den Worten:

„Dieser Montankonzern griff, in noch höherem Maße als vergleichbare andere Konzerne, stets auf unter Zwang rekrutierte Arbeitskräfte zurück, in der Endphase der NS-Gewaltherrschaft insbesondere auch auf KZ-Häftlinge. Die Stadt Linz ist sich dieses ihres unglücklichen Erbes und der daraus folgenden Verpflichtung in jeder Weise bewusst.“

Auf Initiative des damaligen Obmanns des Zentralbetriebsrates

der Voestalpine-Stahl, NR Erhard Koppler, hat der Historiker Dr. Helmut Fiereder dankenswerterweise eine kurze Darstellung der Nebenlager Linz I und III des KZ-Mauthausen (KLM) verfasst, die als Grundlage für die weitere Vorbereitungsarbeit diente.

Der Gedenkstein, an dem auch heuer wieder die Freiheitskämpfer/innen-OÖ einen Kranz niederlegten, ist schon ein wenig älter. Darüber schreibt der ehemalige Zwangsarbeiter Dr. Hermann Lein: „Ich war als sogenannter Innitzergardist in den Jahren 1939/1940 Häftling in den KZ Dachau und Mauthausen. Schon vor mehr als 30 Jahren haben unsere französischen Kameraden hier, an

der Stelle des früheren KZ-Lagers Linz III, einen Gedenkstein errichtet. Seither hat dieser Stein an das Schicksal der in den früheren Reichswerken „Hermann Göring“ zur Zwangsarbeit getriebenen KZ-Häftlinge erinnert, von denen viele hier ihr Leben lassen mussten.“



Auch heuer haben die Freiheitskämpfer/innen Oberösterreich auf Einladung des Voest-Betriebsrates an der würdevollen Gedenkveranstaltung in Linz teilgenommen

Loibl-Gedenkfeier

Das Bemühen, das lange Zeit „vergessene“ Außenlager von Mauthausen im kulturellen Gedächtnis Österreichs und Kärntens zu verankern, stand im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltungen beim ehemaligen KZ Loibl.

Vor siebzig Jahren wurden die Häftlinge aus dem Konzentrationslager Mauthausen und seinen 49 Außenlagern, darunter das KZ Loibl Nord, befreit. Am 10. Juni fand wieder die Internationale Gedenkveranstaltung in Erinnerung an die Opfer des KZ Loibl Nord auf der Kärntner Seite des Loibltunnels am ehemaligen Appellplatz statt. Das Programm umfasste Gedenkreden, Stimmen von ZeitzeugInnen, Kranzniederlegungen und den Besuch der Gedenkstätte KZ Loibl Süd. Internationale und österreichische Delegationen sowie viele VertreterInnen von NS-Opferverbänden nahmen am Gedenken teil.

Als Zeitzeugin sprach Hermine Liska, Überlebende eines NS-„Umerziehungsheimes“ und als

Jugendliche im Widerstand der Zeugen Jehovas. „Als Achtjährige bekam ich damals das ganze Ausmaß an Ausgrenzung zu spüren, heute erzähle ich meine Lebensgeschichte in Schulen und versuche so dazu beizutragen, dass Jugendliche ein Selbstbewusstsein entwickeln und Nein sagen zum negativen Gruppenzwang.“

Gedenkstätten wie diese sollten in den heutigen Tagen auch ermahnen, die friedensbewahrende Gemeinschaft der europäischen Union wachsam zu beobachten und den Anfängen ihrer Zerstörung zu wehren. „Eine Aufgabe, die in einer von Drohgebärden und Kriegsrhetorik geprägten Welt nicht immer leicht fällt, die aber wichtiger denn je ist“, so Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser. Engagement für die



Zeitzeugin Hermine Liska sprach bei der Gedenkfeier

Demokratie sei der „einzig wirkliche Dank an jene, die damals bereit waren, ihr Leben gegen die Barbarei einzusetzen“, so Kaiser.

„Das Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška fühlt sich als Veranstalter den KZ-Opfern vom Loiblpass verpflichtet, ihre Geschichte des Leidens und Sterbens, aber auch ihre Geschichte des mutigen Widerstandes und Überlebens in ehrender Erin-

nerung zu bewahren“, sagte Peter Gstettner für das Mauthausen Komitee Kärnten. Man habe die Hoffnung, dass am Loibl etwas entstehen, das zu Recht den Namen Europäische Gedenkstätte tragen werde.

Als Stimme der Jugend verlas Katja Weiss, Kärntner Slowenin und Tochter einer von den Nazis in ein Arbeitslager verschleppten Familie, einen Text, verfasst von ihrer Schwester Lenka. Erzählt wurde die Familiengeschichte anhand eines kleinen Koffers, der ihre Großmutter bei der Deportation 1942 ins Arbeitslager Hesselberg begleitet hatte.

Gedenktafel für fünf Zeugen Jehovas enthüllt

Im Kärntner Töschling in der Gemeinde Techelsberg wurde am 19. Mai in Anwesenheit von Landeshauptmann Peter Kaiser eine Gedenktafel für fünf Zeugen Jehovas enthüllt.

Sie waren Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes und das wurde jetzt sichtbar gemacht: Gregor Wohlfahrt sen. (1939), Gregor Wohlfahrt jun. (1942), Anton Uran (1943), Johann Stösser (1944) und Willibald Wohlfahrt (1945) bezahlten es mit dem Leben, dass sie den Kriegs-

dienst ablehnten, ihrem Glauben nicht abschwören und den Hitlergruß verweigerten.

Bisher schienen die fünf fälschlicherweise auf dem Kriegerdenkmal der Gemeinde als „vermisst“ auf, obwohl ihre Geschichte nicht im Dunkel liegt – sie waren keine Soldaten, sondern wurden von den Nazis wegen ihres Glaubens ermordet. Vom Kriegerdenkmal wurden ihre Namen nunmehr entfernt. Die Tafel gilt aber auch dem Gedenken der weiteren 26 Zeugen Jehovas aus Techelsberg und Umgebung,

die Opfer des Nationalsozialismus wurden.

Projektleiter Peter Stocker von den Zeugen Jehovas in Kärnten entstammt der Opferfamilie Wohlfahrt. Er wollte „die Geschichte erzählen und weitertragen“. Die Initiative stand laut ihm unter dem Motto „Ich bleibe fest“, einer Zeile aus einem Gedicht von Franz Wohlfahrt, der das KZ-Außenlager Rollwald überlebt hat. Peter Kaiser zeigte sich bei der Gedenktafelenthüllung sehr berührt.

Die Gedenktafel sei, so Kaiser, eine Korrektur, sie gebe den Opfern Identität, Ehre und Standpunkt wieder. „Ich bin stolz auf dieses Land Kärnten, in dem ZivilbürgerInnen, Nachgeborene Verantwortung übernehmen und nicht locker lassen, bis solch eine Korrektur erfolgt ist“, sagte Kaiser. Der Techelsberger Bürgermeister Johann Koban zeigte sich ebenfalls stolz auf die Umsetzung der Initiative um die Gedenktafel und die damit erfolgte Richtigstellung.

Peter Gstettner vom Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška hob die Wichtigkeit hervor, für die historische Wahrheit einzutreten. Die Gedenktafel sei in diesem Sinne ein herausragendes Zeichen. Vinzenz Jobst vom Verein Memorial Kärnten-Koroška hat sich als Wissenschaftler intensiv mit dem Schicksal und der Geschichte des einfachen Holzarbeiters Anton Uran, einem der fünf Techelsberger Opfer, befasst. Das Schicksal Urans sei untergegangen, die Geschichte über ihn hinweggegangen: „Er wurde ganz einfach vergessen.“

Das Gedenkprojekt in Techelsberg wird vom Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus gefördert. Initiiert wurde es von der Familie Wohlfahrt und dem Verein Lila Winkel, der sich für die Rehabilitierung und Unterstützung von NS-Opfern einsetzt. Lila Winkel wurden Zeugen Jehovas in den Konzentrationslagern an der Häftlingsmontur angebracht.



Der Techelsberger Bürgermeister Johann Koban (Mitte) mit Landeshauptmann Peter Kaiser (links) und Initiator Peter Stocker (rechts)

Februar-Gedenkzeichen im Rathauspark enthüllt

Im Wiener Rathauspark wurde ein Gedenkzeichen enthüllt, das an diese tragischen Ereignisse des Februar 1934 erinnert. Zu verdanken ist dies unter anderem dem Einsatz unseres Bundes.

Dank des jahrelangen Einsatzes unserer Bundesvorsitzenden Johannes Schwantner und davor Ernst Nedwed wurde am 26. April ein wichtiges Anliegen unseres Bundes verwirklicht: Im Zentrum Wiens, im öffentlichen Raum, wo jeden Tag viele Menschen vorbeigehen, wurde ein Gedenkzeichen für den Februar 1934 geschaffen. Die inhaltliche Ausrichtung will vor allem informieren und dem Widerstand gegen Unrecht, dem Aufstand, der Zivilcourage gerecht werden. Es steht, schwerlich zu übersehen, im Rathauspark, vis-à-vis vom Café Landtmann in Sichtweite zur SPÖ-Bundesgeschäftsstelle in der Löwelstraße.

80 Genossinnen und Genossen, unter ihnen Landesparteisekretärin Sybille Straubinger, die halbe Wiener Stadtregierung und viele aktive und ehemalige Mitglieder von Nationalrat und Wiener Landtag, kamen zur Enthüllung. Zahlreiche Gedenktafeln an ehemaligen Kampfplätzen, nach Februarkämpfen benannte Gemeindebauten und die Denkmäler am Zentralfriedhof,

Meidlinger Friedhof, in Hietzing (für Karl Münichreiter) und in Floridsdorf (für Georg Weissel) haben eines gemeinsam: Sie befinden sich in der Peripherie der Stadt, dort wo gekämpft wurde.

„Die Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer setzen sich seit Jahren für ein Gedenkzeichen im Zentrum Wiens ein. Mit der heutigen Enthüllung ist das geschafft. Es soll neben der Information über die Ereignisse des Februar 1934 vor allem auch dem Widerstand gegen Unrecht, dem Aufstand und der Zivilcourage gerecht werden“, sagte Gerald Netzl, Wiener Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen.

Übereinstimmend hielten Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny und Gerald Netzl fest, dass nunmehr ein bedeutendes Zeichen des Erinnerns, mitten im demokratischen Herzen Wiens, geschaffen wurde. Die Tafel zeigt gewusst den Schlingenhof in Floridsdorf. Floridsdorf war am heftigsten umkämpft, dort waren die meisten Toten zu beklagen. 76 der österreichweit insge-

samt 350 bis 360 Toten. Ebenfalls wichtig zu wissen ist, dass der größte Teil der Toten unbeteiligte ZivilistInnen waren (38 Prozent). Der Anteil der gestorbenen Schutzbündler bzw. Exekutive plus Heimwehr lag mit je 31 Prozent darunter.

Unser Dank gilt Genossen Andreas Mailath-Pokorny und dem DÖW für die gute, unseren Vorschlägen aufgeschlossene inhaltliche Zusammenarbeit sowie Werner Baumüller und Martin Huber von der Werkstatt Koller-

schlag für die gelungene gestalterische Umsetzung. Der Termin der Enthüllung wurde bewusst Ende April festgesetzt, weil es eine Verbindung vom 12. Februar zum 1. Mai gibt: Seit 1890 feierten die Eltern der Februarkämpfer diesen als Kampftag für die Rechte der Arbeitenden, seit 1945 bis in die Gegenwart und hoffentlich noch lange in die Zukunft deren Kinder, Enkel, Urenkel und so weiter. Denn der Kampf um Recht und sozialen Fortschritt geht nie zu Ende. ■



Enthüllung des Mahnmals: Martin Huber, Gerhard Baumgartner, Gerald Netzl und die Mitglieder der Stadtregierung StRⁱⁿ Renate Brauner, StRⁱⁿ Sandra Frauenberger, StR Michael Ludwig und StR Andreas Mailath-Pokorny

Inschrift auf dem Gedenkzeichen im Wortlaut

12. Februar 1934: Als Erste in Europa traten in Österreich Arbeiterinnen und Arbeiter am 12. Februar 1934 mutig dem Faschismus entgegen. Sie kämpften für Freiheit, Demokratie und Republik.

Am **4. März 1933** schaltete die Regierung Dollfuß das Parlament aus und regierte auf der Grundlage eines Gesetzes aus der Zeit des Ersten Weltkriegs. Das bedeutete: Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit, Streikverbot, die Wiedereinführung der Todesstrafe und anderes.

Von **12. bis 15. Februar 1934** standen zwischen 10.000 und 20.000 Arbeiter einer Übermacht von annähernd 60.000 Mann aus Gendarmerie und Polizei, Bundesheer und Heimwehren gegenüber. Die Kämpfe beschränkten sich im Wesentlichen auf die Arbeiterbezirke Wiens sowie die oberösterreichischen und steirischen Industriezentren. Nachdem ein landesweiter Generalstreik ausgeblieben war und Artillerie sowie Minenwerfer gegen Gemeindebauten eingesetzt worden waren, brach der Aufstand zusammen. Im Zuge der Kämpfe kamen insgesamt mehr als 350 Menschen ums Leben. Neun Kämpfer des Republikanischen Schutzbunds wurden standrechtlich hingerichtet.

Am **1. Mai 1934** proklamierte die Regierung eine neue autoritäre Verfassung ohne parlamentarische Demokratie, pluralistische Parteien und freie Gewerkschaften.

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht - Niemals vergessen!

Ambitioniertes Volksbildungsprojekt auf der Wieden

Der vierte Wiener Gemeindebezirk erforscht das Schicksal seiner jüdischen Bevölkerung in der NS-Zeit. Das Ergebnis wird allen BezirksbewohnerInnen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Resonanz ist enorm.

Geschichte stößt immer dort auf das meiste Interesse, wo sie die unmittelbare Lebensumgebung von Menschen berührt. Die sozialdemokratische Bezirksvorstehung des vierten Wiener Gemeindebezirks initiierte deshalb ein außergewöhnliches Projekt. Sie beauftragte eine Gruppe von HistorikerInnen damit, die Geschichte jener Wiednerinnen und Wiedner zu rekonstruieren, die zwischen 1938 und 1945 aufgrund ihrer jüdischen Herkunft verfolgt wurden. Die Häuser, Straßen und Plätze des Bezirks wurden in weiterer Folge zum Ausgangspunkt eines ungewöhnlichen Volksbildungsprojektes.

Denn die Ergebnisse der zweijährigen Forschungsarbeit der Gruppe rund um Florian Wenninger vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien wurden – in dieser Form bislang einzigartig – als hundertseitiges Büchlein an alle Haushalte im Bezirk versandt. Darüber hinaus wurde eine Wanderausstellung gestaltet, die in den kommenden

Jahren an mehreren öffentlich zugänglichen Orten im Bezirk gezeigt werden wird. Außerdem wurden sämtliche Informationen auch auf einer Homepage (www.juedischewieden.at) verfügbar gemacht. Dort können Interessierte nicht nur nach Personen, sondern auch nach Adressen suchen. Auf diese Weise lässt sich etwa herausfinden, ob im eigenen Haus Verfolgte gelebt haben.

Die Wieden verfügte im Wiener Vergleich über einen durchschnittlichen „jüdischen“ Bevölkerungsanteil von etwa zehn Prozent. Angesichts der gesunkenen Bevölkerungszahl entsprächen die 6.000 Menschen, die von den Nazis als „jüdisch“ verfolgt wurden heute allerdings einem Fünftel der BezirksbewohnerInnen. Überwiegend waren die Wiedner Juden und Jüdinnen eine alteingesessene, stark assimilierte Personengruppe. Prominente Persönlichkeiten verdeutlichen diesen Aspekt, etwa der spätere Kanzler Bruno Kreisky, der Schaufensterdekorateur-

Lehrling und spätere Kabarettist Gerhard Bronner oder der Gymnasiast und künftige Burgschauspieler Otto Tausig.

Die Forschungsarbeit widmet sich aber nicht nur den Opfern, sondern auch den Tätern: die Wieden war bereits Anfang der 1930er Jahre eine braune Hochburg, 1932 fuhr die NSDAP hier ihr wienweit bestes Ergebnis ein. Auf der im Bezirk ansässigen Technischen Hochschule kam es bereits in den

1920ern mehrfach zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen linke und jüdische Studierende. Und nach der Machtübernahme der Nazis nahm im vormaligen Palais Rothschild die zentrale Verfolgungsbehörde des SS-Staates, Adolf Eichmanns „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“ Quartier.

Wer möchte, kann die Wiedner Publikation kostenlos bei der Bezirksvorstehung anfordern: post@bv04.wien.gv.at.



Antisemitische Ausschreitung auf der Wieden, März 1938. Robert Mildwurm (m) und seine Mutter Henriette (r) sowie der gebürtige Simmeringer Moritz Topf werden gezwungen, auf ihren Knien die Favoritenstraße zu schrubben

Gedenkstein für ermordete Kinder von Izieu

Am Wiener Schwedenplatz erinnert nun ein Gedenkstein an Georgy Halpern und jene weiteren sechs Wiener Kinder, die 1944 von den Nazi-Schergen in einem Kinderheim im französischen Izieu aufgespürt und in Auschwitz vergast wurden.

Insgesamt wurden 44 jüdische Kinder im Alter zwischen acht und zehn Jahren, die in dem Haus in der an der Rhone gelegenen Gemeinde lebten, deportiert – auf Veranlassung des Lyoner Gestapo-Chefs und verurteilten Kriegsverbrechers Klaus Barbie (der „Schlächter von Lyon“). Sieben der Opfer stammten aus Wien, neben

Georgy Halpern waren dies Hans Amendt, Liane und Renate Krockmal, Martha und Senta Spiegel sowie Sigmund Springer.

„Ich wünsche mir, dass die Menschen, die an diesem nicht überschaubaren Stein vorbeigehen, innehalten und lesen, wozu mörderische Regime fähig sind. Da hat sich bis heute nicht verändert“, sagte Milli Segal, die den Gedenkstein initiiert hatte. Der Gedächtnisort am Schwedenplatz befindet sich in der Nähe jenes Hauses, in dem Georgy mit seinen Eltern vor der Flucht ins vermeintlich sichere Frankreich wohnte.

Im Rahmen der Gedenkver-

anstaltung, an der neben Beate und Serge Klarsfeld unter anderem Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (SPÖ), der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, und Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg teilnahmen, wurde nicht nur die Bedeutung des Sich-Erinnerns hervorgehoben, sondern auch auf die Gegenwart Bezug genommen.



Gedenksteinenthüllung für Georgy Halpern am Schwedenplatz

Gedenktafelenthüllung in Bratislava-Petržalka

Ein Bericht von Claudia Kuretsidis-Haider.

Am 29. März haben die Justizministerin und die Justizminister der Slowakei, Österreichs und Ungarns Lucia Žitnánská, Wolfgang Brandstetter und László Trócsányi am Restaurant Leberfinger (Viedenská cesta, Bratislava-Petržalka) eine Gedenktafel für die Opfer des Lagers Engerau enthüllt. Bei den Opfern handelte es sich um ungarische, ausschließlich männliche Juden, die beim Südostwallbau Sklavenarbeit leisten mussten.

Das Erinnerungszeichen wurde vom slowakischen Künstler Vladimír Chovan (Atelier 007) gestaltet. Die Finanzierung erfolgte zur Hälfte durch den Nationalfonds der Republik Österreich, den Zukunftsfonds der Republik Österreich und das Österreichische Bundesministerium für Justiz. Durch eine Crowdfunding Aktion konnte die Herstellung und Anbringung der Gedenktafel gesichert werden. 39 Personen haben sich an dieser Aktion mit Bausteinen im Wert von zehn bis 100 Euro beteiligt.

Das heutige, an der Donaupromenade gelegene, Restaurant Leberfinger war von Dezember 1944 bis Ende März 1945 Teil des Lagers Engerau. Anfang Dezember kamen ca. 2.000 ungarische Juden in geschlossenen Waggons auf dem Bahnhof in Engerau an. Sie wurden in alten Baracken untergebracht, aber auch in Bauernhöfen, Scheunen, Ställen und Kellern, also direkt bei der Ortsbevölkerung. Wie in den anderen Lagern entlang des „Südostwalls“ erfolgte die Bewachung der Gefangenen durch die SA sowie durch örtliche NSDAP-Funktionäre. Die meisten von ihnen stammten aus Wien. Viele Juden starben aufgrund der schlechten sanitären Verhältnisse in den Teillagern, aufgrund von Erschöpfung von der anstrengenden Schanzarbeit oder sie wurden von den Wachmannschaften ermordet.

Nachdem von der zuständigen Kreisleitung der Befehl zur Evakuierung des Lagers ergangen war – die Gefangenen sollten zu Fuß nach Bad Deutsch-Altenburg marschieren,



Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Justizminister Dr. Wolfgang Brandstetter, Dr.in Claudia Kuretsidis-Haider (Zentrale österr. Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am DÖW), Mag.a Hannah Lessing (Nationalfonds der Republik Österreich), SE Mag. Helfried Carl (österr. Botschafter in Bratislava) vor der Gedenktafel am Restaurant Leberfinger

um von dort per Schiff nach Mauthausen transportiert zu werden – traf der für die SA-Wache zuständige Lagerkommandant Erwin Falkner die Entscheidung, die „nicht-marschfähigen“ Häftlinge liquidieren zu lassen und stellte ein Sonderkommando zusammen, das am Abend des 29. März 1945 im Stall des Gasthauses Leberfinger zumindest 13 Häftlinge, die sich auf die Frage, wer nicht mitkommen könnte, gemeldet hatten, ermordete.

An die 1945 von einer slowakischen Untersuchungskommission exhumierten 460 Toten des Lagers Engerau erinnern neben der neuen Gedenktafel am Restaurant Leberfinger ein Mahnmal auf dem Friedhof von Petržalka sowie Gedenksteine in Wolfsthal und Bad Deutsch-Altenburg. ■

Weiterführende Informationen

Claudia Kuretsidis-Haider

„Das Volk sitzt zu Gericht“

Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945 – 1954 (= Österreichische Justizgeschichte, Band 2), Wien-Innsbruck-Bozen 2006.

<http://www.zeit-geschichte.com/wpckh/category/engerau/>

Nachstellung des 1. Engerau-Prozesses im Großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichts für Strafsachen Wien:

<http://www.doew.at/neues/dvd-das-volk-sitzt-zu-gericht>

Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus

Vor kurzem erschien das Jahrbuch 2017 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Die Publikation ist den Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die österreichische ÄrztInnenschaft gewidmet, wobei die große Gruppe der verfolgten – zum größten Teil – jüdischen Ärztinnen und Ärzte im Mittelpunkt des Interesses steht. Thematisiert werden aber auch das „Rassenbiologische Institut“ an der Universität Wien, verbrecherische medizinische Zwangsversuche an Häftlingen des Konzentrationslagers Dachau sowie der Umgang mit NS-Ärzten nach 1945. Das Buch hat 303 Seiten und kostet 19,50 Euro. Der Mitgliedsbeitrag im Verein

DÖW beträgt € 25,- pro Jahr, wobei der kostenlose Bezug des Jahrbuchs und der Mitteilungen inkludiert ist sowie eine Ermäßigung auf die übrigen Publikationen des DÖW gewährt wird!

www.doew.at

Jahrbuch 2017:

Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus.

Herausgegeben von Herwig Czech und Paul Weindling, im Auftrag des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, DÖW, Wien, 2017, 303 Seiten, € 19,50



DÖW



Baldermann: Eine Arbeitergeschichte im Roten Wien

Claus Michl-Atzmüller hat Marianne Enigls Biografie von Josef Anton Baldermann, einem der vielen Unbekannten, die vom NS-Regime zum Tode verurteilt wurden, gelesen und seine Eindrücke im folgenden Beitrag zusammengefasst.

Mehr als drei Jahrzehnte war Marianne Enigl Redakteurin des Nachrichtenmagazins „Profil“, wobei im Zentrum ihrer Arbeit die Zeitgeschichte stand. Mit „Baldermann“ setzt sie dem Widerstand und der Verfolgung der sogenannten kleinen Leute ein literarisches Denkmal. Marianne Enigl widmet ihr Werk einer Persönlichkeit, die nicht im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stand, eine Person, die bis vor kurzem kaum jemand kannte.

Josef Anton Baldermann, Jahrgang 1903, war ein einfacher Arbeiter, der Sohn böhmischer Migranten, ein Proletarier aus der Brigittenau. Er verbrachte das halbe Leben in der Sozialdemokratie. Er war in der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend), in der SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei), beim Republikanischen Schutzbund und den Naturfreunden. Seine Leidenschaft gehörte den Bergen.

Der Metallarbeiter Baldermann war einer jener Sozialdemokraten, die in einer kommunistischen Betriebszelle gegen das NS-Regime aktiv waren. Sie gab geheime Flugzettel weiter und

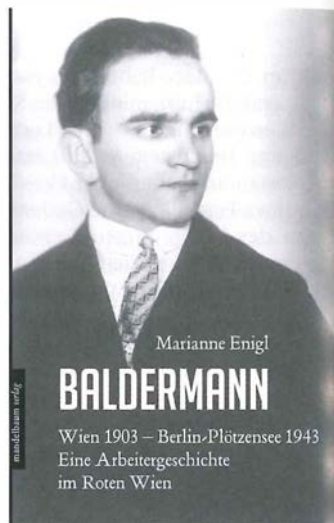
sammelte für die Verhafteten kleine Geldspenden. Die Gestapo hatte in der Gruppe von Baldermann keinen V-Mann. Der Gruppe wurden von der Gestapo dreizehn Menschen zugerechnet. Sie flog durch Hinweise von Arbeitskollegen auf, die als Betriebsspitzel Meldung erstatteten. Das geht aus einem Vermerk hervor, den ein Wiener Gestapo-Referent am 27. Juni protokollierte. Die Gruppe bestand aus 12 Männern und einer Frau. Sie und zwei Männer überlebten das NS-Regime, sieben wurden in Berlin-Plötzensee hingerichtet, drei überlebten die Haft in Konzentrationslagern nicht.

Als Baldermann im Jahre 1941 verhaftet wurde, war sein Sohn Josef Richard, den er immer liebevoll „Burl“ nannte, zehn Tage alt. Er bewahrt bis heute, was von seinem Vater geblieben ist. Zahlreiche Objekte und Dokumente erzählen vom Alltag, den Plänen und Leidenschaften eines Mannes und seiner Angehörigen, bis sie durch das nationalsozialistische Verfolgungsregime an das existenzielle Extrem gebracht wurden: durch die – durchaus unerwartete – Todesstrafe für den Familienerhalter und Vater eines Sohnes.

Diese wurde am 9. Oktober 1942 vom Volksgerichtshof Berlin wegen Hochverrat ausgesprochen. Ein Gnadengesuch blieb erfolglos. Am 2. März 1943 wurde das Todesurteil durch die Guillotine vollstreckt. Neben Josef Anton Baldermann wurden sechs weitere Verurteilte exekutiert. Das Foto seines geliebten Sohnes „Burl“ hatte er in der Hosentasche zum Schafott mitgenommen. Bis zu seiner Hinrichtung saß Baldermann in unterschiedlichen Anstalten neunzehn Monate in Haft.

Marianne Enigl konnte auf eine außergewöhnlich gut erhaltene Quellenlage zurückgreifen. An privaten Dokumenten sind ein leinengebundenes – von der Gestapo verstecktes – Tagebuch, seine Schneebrillen, der Eispickel, Fotos vom Bergsteigen inmitten der Sportlerriege des Arbeiter-Athletikklubs erhalten.

Als zentrale Quelle des Buches sind die berührenden Haftbriefe anzusehen: Aus der Haft im KZ Groß-Rosen, dann in Berlin-Moabit und aus der Todeszelle in Plötzensee sowie die vielen verzweifelten Schreiben seiner kleinen Familie, in denen deren Situation lebhaft geschildert wird. Die Gnadengesuche stellen eine weitere wertvolle und ergänzende Quelle zu den Haftbriefen dar. „Baldermann“ ist ein persönlicher Einblick in das Leben der



armen Menschen während der Nazidiktatur, ihres Kampfes ums Überleben und ihren kleinen Freuden. Marianne Enigl hat mit ihrer Bekanntschaft mit Baldermanns Sohn ein Buch hinterlassen, das eine Arbeitergeschichte aus dem Roten Wien erzählt, die stellvertretend für viele Vergessene des NS-Terrors steht. ■

Marianne Enigl:
Baldermann.
Wien 1903 – Berlin-Plötzensee 1943.
Eine Arbeitergeschichte im Roten Wien.
mandelbaum verlag, Wien, 2017,
ISBN: 978385476-534-9,
232 Seiten, € 19,90

„Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“



In dieser vierten, neu bearbeiteten und ergänzten Auflage des Buches (es ist nun durchgängig farbig) werden die in jüngster Vergangenheit erfolgten Veränderungen in der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofs berücksichtigt. Dazu zählt die Aufstellung von neuen Gedenkzeichen, Gedenksteinen und einer Informationstafel, wie bereits der Hinweis auf den Beginn der Errichtung von etwa 70 Gedenksteinen für WiderstandskämpferInnen, denen bislang keiner gesetzt worden war.

Dieses Buch stellt das bislang

umfangreichste biografische Nachschlagewerk zu österreichischen WiderstandskämpferInnen dar. Etwa drei Viertel aller durch den NS-Volksgerichtshof in einem Hochverratsprozess zum Tode verurteilten und hingerichteten ÖsterreicherInnen werden darin erfasst. Die zahlreichen Fotos geben diesen ermordeten Frauen und Männern wieder ein Gesicht. Viele, von denen in diesem Buch berichtet wird, haben bereits lange vor der Moskauer Deklaration auf unterschiedlichste Weise den Kampf gegen Hitlerdeutschland und für ein

freies, unabhängiges Österreich aufgenommen. ■

Willi Weinert:
„Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“.
Biografien der im Wiener Landesgericht hingerichteten WiderstandskämpferInnen. Ein Führer durch die „Nationale Gedenkstätte“, der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof, uns zu Opfergräbern auf Wiens Friedhöfen.
4. neu bearbeitete u. ergänzte Auflage, Wiener Stern Verlag, Wien, 2017,
ISBN: 978-3-9502478-6-2,
370 Seiten, € 26,00

Aufstieg und Fall des Capitan Codreanu

Die erste Biographie über den rumänischen Faschistenführer Corneliu Zelea-Codreanu. Gerald Netzl hat sie gelesen und eine Rezension für unsere Zeitung verfasst.

Rumänien zählte zu den Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs. Seine Staatsfläche verdoppelte sich beinahe, das Staatsvolk wurde dadurch jedoch inhomogener. Knapp 30 % der Bevölkerung gehörten nun einer ethnischen oder religiösen Minderheit an: Ungarn, Deutsche, Bulgaren, Ukrainer, Russen, Türken und Juden. Nach dem Krieg lagen Wirtschaft und Staat vernachlässigt, Parteien des linken Spektrums waren lange ohne Bedeutung, trotzdem gab es bis 1920 immer wieder Streikwellen. Die Angst der tiefreligiösen bäuerlichen und der schwachen bürgerlichen Klassen vor der bolschewistischen Revolution musste nur geschürt werden. Wie Hitler setzte Codreanu Bolschewismus und Judentum gleich. Von der NSDAP selbst wurde Codreanus „Legion des Erzengel Michael“ allerdings nicht unterstützt.

1930 ging aus der Legion die „Eiserne Garde“ als deren militärische Elite hervor. Sinnigerweise

gegründet am Palmsonntag. Interessant: Die Legionäre trugen Grünhemden (Die Braunhemden der Nazis, die Schwarzhemden Mussolinis sind bekannt. In Spanien und in Irland trugen die Faschisten Blauhemen!). Trotz schwacher Industrialisierung erfasste die Weltwirtschaftskrise das Land und erschütterte auch das ohnehin wenig demokratisch-entwickelte politische System. König Carol II. deckte ein durch und durch korruptes System. Genau hier bot der Moral predigende und persönliche Bescheidenheit lebende Codreanu eine glaubwürdige Alternative mit dem Ziel einer „Volksgemeinschaft“ von Bauern, Arbeitern und Intellektuellen. Ende November 1938 ließ Carol Codreanu, der ihm zu gefährlich geworden war, umbringen und die Eiserne Garde verbieten. Im Krieg erstarkte die Garde erneut und war kurze Zeit an der Regierung beteiligt, dann allerdings unter ganz anderen Bedingungen. Leider fehlt der Platz, die Ereignisse detailliert wiederzugeben.

Der Autor des lesenswerten Buches kommt zum Schluss „Führerkult, extremer Nationalismus, Antisemitismus, xenophobe Minderheitenfeindlichkeit, kollektivistisches Denken in Gesellschaft und Wirtschaft, Antiliberalismus, Antidemokratismus, Antikommunismus prägten die folgenden drei Diktaturen des Königs, der Armee und der Kommunisten zwischen 1938 und 1989. Die Armeediktatur hat überdies den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung begangen.“

Oliver Jens Schmitt: **Capitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers.**

Paul Zsolnay Verlag, Wien, 2016. ISBN: 978-3552058033, 336 Seiten, € 26,80



OLIVER JENS SCHMITT

CĂPITAN CODREANU

AUFSTIEG UND FALL
DES RUMÄNISCHEN
FASCHISTENFÜHRERS

ZSOLNAY

Zsolnay

Zwischen Kritik und Anerkennung

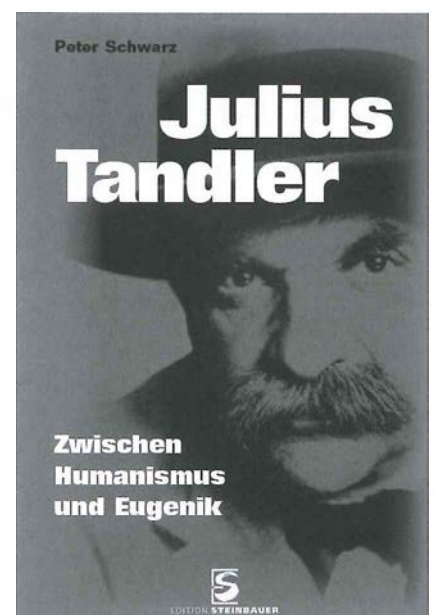
Julius Tandler (1869–1936), Arzt und Universitätsprofessor für Anatomie, gilt bis heute als legendärer Wohlfahrts- und Gesundheitsstadtrat des „Roten Wien“ der Zwischenkriegszeit. Er war Mitbegründer eines humanen Wohlfahrtsstaats, der internationalen Modellcharakter erhielt.

Auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik, Rassenhygiene und Eugenik vertrat Tandler jedoch auch inhumane Ideen und menschenverachtende Aussagen („Minusvarianten“, „Minderwertige“). In seinen Schriften zog er sogar die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ ins Kalkül. Seit den 1990er-Jahren werden diese Ansichten auch von wissenschaftlicher Seite zunehmend beanstandet. Die daran anknüpfende politische Debatte wird gelegentlich äußerst polemisch geführt. So stempelte die FPÖ in einem Antrag an den Wiener Gemeinderat 2012 Tandler zu einem „Wegbereiter der NS-Vernichtungspolitik“.

In der vorliegenden Studie gelingt es dem Autor, die Balance zwischen notwendiger Kritik und Anerkennung der historischen Verdienste Tandlers zu halten. Tandler plädierte bei all seinen eugenischen Vorschlägen für Freiwilligkeit und Aufklärung. „Euthanasie“ lehnte er dezidiert ab. Sein Programm zielte auf die Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen.

Als Sozialdemokrat, Jude und Freimaurer geriet Tandler sowohl auf kommunalpolitischem wie auf universitärem Boden in den Fokus des Antisemitismus. Die Nationalsozialisten im Wiener Gemeinderat bezichtigten ihn 1932 der „Verjudung des Wiener Gesundheitswesens“, deutschvölkische und nationalsozialistische Studierende verübten Gewalt- und Terrorakte an seinem Anatomischen Institut. Nach dem Februar 1934 war Tandler selbst ein politisch Verfolgter und Vertriebener. Tandler zum Wegbereiter der NS-Vernichtungspolitik umzudeuten, kommt einer groben Geschichtsfälschung gleich.

Peter Schwarz: **Julius Tandler - Zwischen Humanismus und Eugenik.** Edition Steinbauer, Wien, 2017, ISBN: 978-3902494825, 320 Seiten, € 29,00



Edition Steinbauer

Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990

Kristina Meyers Werk ist die Geschichte einer Gratwanderung: Die deutsche Sozialdemokratie im Umgang mit den Hypothesen des „Dritten Reiches“. Ein Beitrag von Gerald Netzl.

In diesem Buch geht es um unsere Schwesterpartei und ihr Verhältnis zum Schlüsselproblem deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert. Kristina Meyer hat wertvolle Quellen erschlossen und wird dem Anliegen insgesamt überzeugend gerecht. „Der Umgang mit der NS-Vergangenheit, so die Ausgangsthese, war von Widersprüchen und Interessenkonflikten bestimmt – und gekennzeichnet durch Kompromisse und Zugeständnisse der einst widerständigen Minderheit gegenüber der Mehrheit der Deutschen.“

Die Darstellung folgt in sechs Kapiteln dem zeitlichen Verlauf. Der vom SPD-Vorsitzenden in den Westzonen, Kurt Schumacher, erhobene Führungsanspruch sowie antikapitalistische Forderungen scheiterten rasch, die SPD-Führung fügte sich restaurativen Grundprozessen. Sie entschied sich für Zugeständnisse an die Millionen ehemaliger Mitläufer und teilweise auch Täter. Der Antikommunismus des Kalten Krieges lähmte ihr antifaschistisches Potenzial. 1948 verbot der Parteivorstand der SPD die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und gründete die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokra-

ten (AvS). Der geringe Einfluss der AvS innerhalb der Partei und darüber hinaus durchzieht das ganze Buch. Deshalb steht im Buch recht wenig über die AvS, in diesem Artikel dafür umso mehr, ist doch der Vergleich AvS und FreiheitskämpferInnen spannend!

Im Umgang mit der Widerstandsbewegung rückten die bürgerlichen Parteien den 20. Juli 1944 in den Mittelpunkt. Die Erwartungen der eigenen sozialdemokratischen Verfolgten ignorierend, reagierte die Parteiführung „nicht etwa mit der Hervorhebung des Arbeiterwiderstands oder der Profilierung eines spezifisch sozialdemokratischen Widerstandsgedächtnisses, sondern mit einer demonstrativen Hinwendung zum 20. Juli.“

Ab den sechziger Jahren unterstützte die SPD verstärkt die Wiedergutmachung gegenüber den jüdischen Opfern und Israel. Die AvS drängte auf überfällige Novellierungen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) für politisch Verfolgte. Spät, erst ab 1979 beteiligten sich Aktive der AvS verstärkt als ZeitzeugInnen zum Dritten Reich. Im November 1983 veranstaltete die AvS die Tagung „Warum wurde der Arbeiterwiderstand gegen den Nationalso-

zialismus in der Bundesrepublik nicht gewürdigt?“ Ehemals Verfolgte äußerten: „Wir waren das schlechte Gewissen der Nation, das schlechte Gewissen auch der Partei. Man hätte liebend gerne Straßen nach uns benannt; aber wir sollten unauffällig bleiben.“ Verdienstvoll ist im Buch die Würdigung wenig bekannter FunktionärInnen der AvS, die für die Erinnerung an den Arbeiterwiderstand, für die Ahndung der Verbrechen und eine kritische Haltung zur offiziellen Geschichts- und Gedenkpolitik sowie für Wiedergutmachung und sozialen Beistand für NS-Opfer eintraten.

Im Oktober 1980 trafen sich VertreterInnen unseres Bundes mit GenossInnen der AvS: „Beim Verlesen des umfangreichen Tätigkeitsberichts der Österreicher seien den Vertretern der gerade reaktivierten AvS die Augen übergelaufen.“ Auch wurde das „traditionell selbstbewusstere Auftreten der österreichischen Sozialisten, die sich nicht als Verfolgte oder Opfer bezeichneten, sondern dezidiert als „Kämpfer“ erwähnt. Während heute die AvS kaum mehr

vorhanden ist, ist unser Bund eine außerhalb und innerhalb der SPÖ respektierte Organisation, die Generationen von SPÖ-FunktionärInnen (mit-)erzogen hat und weiter antifaschistisch erzieht.



Kristina Meyer:
Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990.
Reihe: Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Norbert Frei, Bd. 18. Wallstein-Verlag, 2015, ISBN: 978-3-8353-1399-6, 549 Seiten, € 43,20

Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz in Innsbruck gefordert

Ein Steinbruch am Paschberg bei Innsbruck, unweit vom Bretterkeller, war während der Zeit des Nationalsozialismus eine Erschießungsstätte der Deutschen Wehrmacht. Dort wurden Soldaten und Deserteure erschossen, die meisten verurteilt von den Innsbrucker Kriegsgerichten der Divisionen 188 und 418. Die letzte Hinrichtung fand am 21. April 1945 statt.

Diesen vergessenen Opfern des Krieges hat ein Team der Sozial-

demokratischen FreiheitskämpferInnen Tirol, bestehend aus Christina Müller, Helmut Muigg und einigen HelferInnen, nachgespürt. Die bisherigen Ergebnisse des Forschungsprojektes wurden kürzlich von Christina Müller in Innsbruck präsentiert. Die genaue Zahl der am Paschberg Hingerichteten ist auf Grund der dürftigen Aktenlage nicht bekannt, nachgewiesen sind 15 Hinrichtungen, berichtete Christina Müller. „Wir haben auch mit 16 ZeitzeugInnen ausführliche Interviews geführt, die die Vorgänge am

Steinbruch wahrnahmen bzw. aus der Ferne beobachten konnten“, so Christina Müller.

Weiters berichtete Müller, dass zumindest 14 Richter der Kriegsgerichte identifiziert wurden, wovon einer nachweislich nach dem Krieg an der Innsbrucker Universität eine akademische Karriere starten konnte.

„Trotz unserer Forschungsergebnisse zur Erschießungsstätte am Paschberg und zur unerhört harten

Militärjustiz in Innsbruck besteht noch ein großer Forschungsbedarf und diese Lücke ist rasch zu schließen“, fordert Christina Müller. Einige sind sich Christina Müller und Helmut Muigg, dass den Opfern der NS-Militärjustiz auch in Innsbruck ein Mahnmal gewidmet werden soll. „Es gibt in Österreich schon über 15 Deserteursdenkmäler, aber noch kein einziges in Tirol. „Es ist Zeit zu handeln, denn auch die Deserteure haben durch ihr Handeln Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet.“

Auf dem linken Auge blind?

Gudula Walterskirchen, die 2004 eine Biografie über Engelbert Dollfuß veröffentlichte, brachte im Frühjahr mit „Die blinden Flecken der Geschichte – Österreich 1927-1938“ ihr jüngstes Werk heraus. In ihrer Stoßrichtung bzw. dem konservativen Blick unterscheiden sich die Bücher nicht. Gerald Netzl hat sie beide gelesen.

Frau Walterskirchen macht kein Hehl aus ihrer Position: Dollfuß' Verantwortung für Österreichs Weg in die Diktatur schreibt sie kleiner, jene der Sozialdemokratie bemüht sie sich zu begründen. Wobei einzelne Details und Passagen im Buch durchaus interessant sind und man Manches zugeben muss: Durch das radikale Linzer Programm von 1926 und die Angst vor russischen Zuständen erhielten die Heimwehren wieder Zulauf. Zum Schattendorf-Prozess: Von zwölf Geschworenen stimmte die Mehrheit von sieben für einen Schuldspruch, für eine Verurteilung wäre die Zweidrittelmehrheit von acht Stimmen erforderlich gewesen. Die Hauptverantwortung für die auf den Prozess folgende Eskalation der Gewalt liegt bei der verantwortungslosen Berichterstattung und im Fehlen jeglichen seriösen Journalismus. Bei den Februar-kämpfen müsse man von einem „Aufstand“ im Sinne von „inneren

Unruhen“ sprechen und nicht von einem „Bürgerkrieg“. In der ÖVP bestehe unerschwerlich noch immer ein Schuldgefühl oder ein schlechtes Gewissen wegen 1934 (vor allem wegen der neun standrechtlichen Hinrichtungen). Das gemeinsame Trauern, die Rolle des Opfers, wäre eines der wichtigsten Bindemittel, das eine mittlerweile höchst inkonsistente und in Dauerkrise befindliche Sozialdemokratie noch zusammenhält und eine gemeinsame Identität verleiht.

Nicht nachvollziehbar ist die im Buch öfter vorgebrachte These, dass viele Sozialdemokraten zur illegalen NSDAP überliefen und gipfelt auf Seite 110 darin, dass der 12. Februar 1934 ein „Putschversuch des Schutzbunds“ war, der in Oberösterreich schon längst von illegalen Nazis unterwandert war, die zum Putsch anstifteten! Besonders Richard Bernaschek kommt schlecht weg.

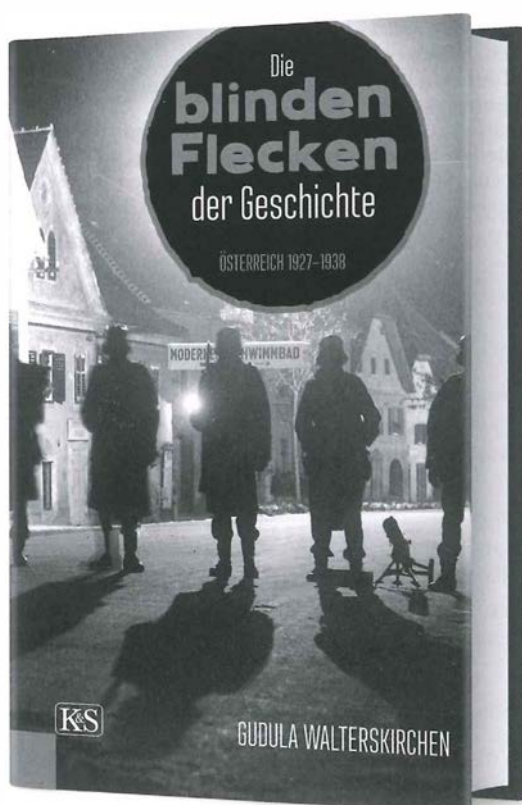
Er hätte nicht aus seiner Überzeugung heraus Widerstand gegen die laufenden Bemühungen, besonders der Heimwehr, die Sozialdemokratie zu zerschlagen geleistet und jedem weiteren Schwächungsversuch endlich entgegenzutreten. Nein, Frau Walterskirchen unterstellt ihm, dass er sich von im geheimen bereits zu den Nationalsozialisten übergelaufenen Schutzbündlern dazu verleiten hat lassen. Und sie unterstellt ihm weiters, mit Hinweis auf seine Flucht nach Deutschland, selbst schon dieser Ideologie nahegestanden zu haben. Der (vermeintliche) Putschversuch wäre also geradezu von den Nazis in Deutschland inszeniert worden. Vollkommen haltlose Schlüsse.

Ja, Sozialdemokraten und Nazis waren Gegner der Christlichsozialen und Heimwehr, aus dieser gemeinsamen Gegnerschaft lässt sich aber keine Gemeinsamkeit konstruieren, waren doch in Wahrheit Sozialdemokraten und Nazis stärker noch gegenseitig/ miteinander verfeindet!

Auf Seite 126 handelt sie den Antisemitismus ab (u. a. von

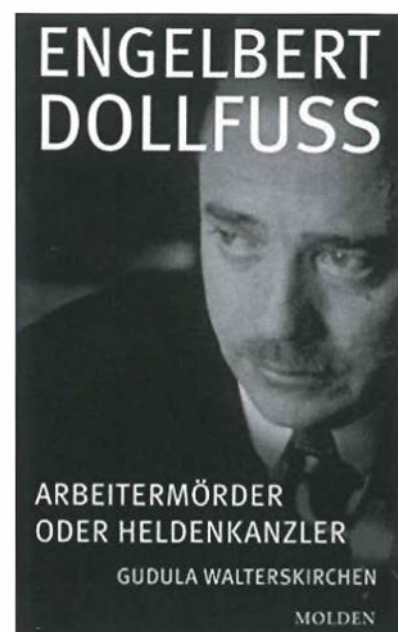
Karl Marx) und schreibt, dass Marx selbst Jude war. Frau Walterskirchen ist entgangen, dass Marx im Alter von sechs Jahren evangelisch getauft wurde, ihn danach als Juden einzuordnen formuliert in den Kategorien der Nürnberger Rassegesetze.

Ihrem Resümee, wonach alle Parteien in der Ersten Republik der parlamentarischen Demokratie skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden seien, muss man widersprechen. Denn bis zuletzt hat die Sozialdemokratie um den demokratischen Rahmen gekämpft. Nach Jacques Derrida stellen Historiker die Vergangenheit gemäß ihren eigenen subjektiven Erfahrungen und gemäß ihrer momentanen Situation dar. Sie stellen dar, wie sie denken, nicht wie die Dinge tatsächlich stattgefunden haben. „Die Geschichte ist ein ‚altes Tuch‘, das immer wieder aufgetrennt und neu zusammengefügt werden muss.“ Eine tabulose selbstkritische Analyse der Fehler der Sozialdemokratie in der Ersten Republik durch uns selbst steht zum Teil noch aus, Frau Walterskirchens Buch hilft uns dabei aber nicht. ■



Gudula Walterskirchen
**Die blinden Flecken der Geschichte
Österreich 1927-1938.**

Kremayr & Scheriau, 2017,
ISBN: 978-3-218-01063-4,
208 Seiten, € 22,90



Gudula Walterskirchen
**Engelbert Dollfuß
Heldenkanzler oder Arbeitermörder**

Molden, Wien, 2004,
ISBN: 978-3-854-85112-7,
320 Seiten, € 36,66



rosajochmann.at ab sofort online

„Rosa Jochmann“ ist ein Projekt des Vereins für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (VGA) und unseres Bundes. In einer Gedenkfeier am 22. Mai 2017 wurde die neue Website online geschaltet.

Die Internetseite sammelt Materialien aus dem Nachlass der „Grande Dame“ der Sozialdemokratie und bietet Informationen über ihr politisches Engagement. Bei der Präsentation wurden Bilder von Jochmann gezeigt und die Schauspielerinnen Mercedes Echerer las aus ihren Texten und Briefen.

Nationalratspräsidentin Doris Bures unterstrich den Mut und die Hoffnung, die Rosa Jochmann während einer Zeit der Armut und Ungewissheit in der österreichischen Bevölkerung der Nachkriegsjahre aufbrachte, um ein neues Österreich aufzubauen. Rosa Jochmann lebte ihre Grundsätze der Internationalität und des Aufei-

nanter-Zugehens in den 20 Jahren als Nationalratsabgeordnete.

Die Vertreter der ARGE NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen Österreich, Gerhard Kastelic und Johannes Schwantner, präsentierten den Gästen die neue Homepage. Kastelic strich die Leistungen hervor, die Rosa Jochmann nach dem Zweiten Weltkrieg für den Wiederaufbau Österreichs geleistet hat. Er würdigte Jochmann als „Täterin im guten Sinn“, deren Erbe des Erinnerns, Gedenkens und Aufklärens weiterzuführen er als seine Aufgabe sieht. Das diese Aufgabe auch heute eine wichtige ist, strich

auch Schwantner hervor und trat dafür ein, dass eine breite Front gegen „Hetzer“ ankämpft, die Menschen verunglimpfen.

Michaela Maier vom Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung erzählte vom Leben Rosa Jochmanns, das durch ihre Kindheit in einer Arbeiterfamilie geprägt war. Jochmann war zeitlebens stolz auf ihre Wurzeln, betonte Maier, und ihre Karriere in der Politik der Nachkriegsjahre mache sie zurecht zur „Grande Dame“ der Sozialdemokratie. Die neue Website basiert auf wissenschaftlicher Forschung und zeigt Rosa Jochmann als Demokratin, Sozialistin und Antifaschistin.

Die Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück Rosa Jochmann (1901 – 1994) en-



Dankesworte durch unseren Vorsitzenden Johannes Schwantner

gagierte sich als Zeitzeugin für den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus. Die sozialdemokratische Politikerin und Widerstandskämpferin war über die Landesgrenzen hinaus bekannt.

www.rosajochmann.at informiert über das Leben dieser beeindruckenden Frau. Wir laden dich ein, die Website zu besuchen und in deinem Umfeld zu bewerben!

Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Gedenken im digitalen Zeitalter

Robert Patočka hat sich das Portal „dort!“ für unsere Zeitung genauer angesehen und einen Artikel verfasst.

Wan bis jetzt das Gedenken an historische Ereignisse an Denkmäler, Gedenksteine oder Wandtafeln geknüpft und man musste sich an die Orte des Gedenkens begeben, so bietet heute der Computer, Tablet und das Smartphone in Zusammenspiel mit dem GPS ungeahnte Möglichkeiten. Man kann zu Hause am Computer sitzen oder mit dem Smartphone durch die Stadt wandern und virtuell Gedenkstätten und Orte besuchen und eine Fülle an Informationen erhalten.

Eine dieser virtuellen Gedenkmöglichkeiten bietet die Plattform „dort!“. Professor Martin Auer, ein bekannter Kinderbuchautor, hat eine Gedenkplattform geschaffen, die das Herz jedes Sozialdemokraten höher schlagen lässt und die Geschichte Wiens aus einem anderen Blickwinkel darstellt.

Ist die Software (www.dort.pw) auf dem Smartphone oder dem Tablet eingerichtet, so können an den Orten des Gedenkens/Geschehens

die Geostories abgerufen werden, bzw. bieten sich automatisch an. In der Googlemap von Wien sind die Orte des Gedenkens/Geschehens als Icon dargestellt. Klickt man das Icon an, so öffnet sich ein Fenster mit der Geschichte in Bild und Ton. Derzeit umfasst die Plattform 3745 Geschichten über Orte und historische Begebenheiten. Neben den bereits genannten Touren, gibt es noch einen Wien Guide mit vielen Informationen für den Stadtbenutzer. Für SchülerInnen stellt die Plattform dort! einen idealen Ort dar, um für Projekte recherchieren zu können.

Genossinnen und Genossen an die Tasten und in der Plattform dort! schmökern.



Mit dem anklicken der URL www.dort.pw gelangt man auf die Plattform mit vielen virtuellen Rundgängen und historischen Begebenheiten

Beispiele für Rundgänge

In der Folge werden einige Rundgänge dargestellt.

- **dort! Jüdisches Wien:** Das jüdische Leben in Wien bis 1938 wird in 441 Foto-, Audio und Videostories präsentiert.
- **dort! Steine der Erinnerung (www.dort.pw/steine):** Im Stadtplan Wiens werden alte „Stolpersteine“ die bereits virtuell verarbeitet sind, dargestellt. Durch anklicken der Steine-Icons kommt man zu den Biografien und Bilder der Opfer des Holocausts. Momentan sind nur Steine des 2., 20. und der 23. Bezirk dargestellt. Nach und nach folgen die Gedenksteine in den anderen Bezirken.
- **dort! Februar Kämpfe in Wien 1934:** Ein Führer zu den Orten der Februar Kämpfe in Wien mit Zeitzeugenberichten, Fotos und Fotogeschichten.
- **dort! Das Rote Wien:** Ein Führer zur Reformpolitik der sozialdemokratischen Stadtverwaltung zwischen 1919 und 1934. Es werden bekannte und eher unbekannte Orte des Roten Wiens vorgestellt, aber auch das Elend der arbeitenden Bevölkerung durch Videos, Fotos und Fotogeschichten.
- **dort! Ringstraße - Straße des Protests:** Die Ringstraße als Straße des Protest mit Bild und Videomaterial von 1905 bis heute. So zum Beispiel eine ausführliche Bilddokumentation zur Borodajkewycz Demonstration 1965, die mit Tötung von Ernst Kirchweger endete.
- **dort! Wien 1848:** Ein Guide zu den Orten der Revolution 1848 mit Bildern und Texten.
- **Erster Wiener Protestwanderweg:** Petitionen, Demonstrationen, Versammlungen, Streiks, Hausbesetzungen, Volksbegehren, Menschenketten, Piratenradio, Flugblätter, Lichtermeer ... Vielfältig sind die Formen, mit denen Menschen sich ihre Rechte erstritten haben. Der Erste Wiener Protestwanderweg mit Bild und Ton macht erfahrbar, wie diese Kämpfe und Errungenschaften das Stadtbild bis heute prägen.

Gegen Francos langen Schatten

Im April begaben sich einige ÖsterreicherInnen, darunter auch Nachkommen von Interbrigadisten, auf eine besondere Reise zwischen Madrid und Barcelona. Ein Beitrag von Brigitte Pellar und Ali Kohlbacher.

Die Delegation verband das Erleben des oft mit einer Geschichte von Blut und Terror verbundenen großen kulturellen Erbes Spaniens mit einer Spurensuche nach Orten und Erinnerungsstätten für die Opfer des Bürgerkriegs der 1930er Jahre und der fast 40jährigen faschistischen Franco-Herrschaft. Diese Spurensuche erwies sich als gar nicht so einfach. Denn mit Ausnahme Kataloniens und einzelner sozialistisch regierter Orte ist eine ehrliche Auseinandersetzung mit der faschistischen Epoche nur in Ausnahmefällen gegeben und selbst dort erweist sie sich, als keineswegs selbstverständlich.

Denkmäler von Konquistadoren und Generälen beherrschen unkommentiert viele Plätze, in der Hauptstadt Madrid muss man

aber ins Museum gehen oder zur Universität fahren, um eine Erinnerung an den Franco-Putsch zu finden, - im Museum Reina Sofia hängt Picassos Mahnmal zum Bombardement der baskischen Stadt Guernica durch Hitlers Legion Condor, auf dem abgelegenen Universitätsgelände steht das Denkmal für die Internationalen Brigaden, im argonischen Teruel erfordert es detektivische Fähigkeit, um das Erinnerungsmal an eine der blutigsten Schlachten des Bürgerkriegs zu finden.

Francos langer Schatten liegt auch noch über dem demokratischen Spanien des 21. Jahrhunderts. Das darf nicht Wunder nehmen, haben wir doch in Österreich nach nur elfjähriger und bereits 70 Jahre vergangener faschistischer Diktatur weiter mit

deren Langzeitfolgen zu kämpfen, während heute 50jährige SpanierInnen noch unter der Franco-Diktatur zur Schule gingen und, falls ihre Familien auf der Seite der demokratischen Republik gestanden hatten, sehr oft in einem Umfeld politischen Schweigens aufgewachsen waren, das sich in die nächsten Generationen fortsetzte. Aber, und das war die spannendste Erfahrung dieser Reise, viele aus diesen nächsten Generationen, fordern nicht nur ein Durchbrechen des Schweigens, sondern arbeiten aktiv daran.

Die Begleiterin der ÖsterreicherInnen in Madrid wurde mit der verdrängten Geschichte ihres Landes während ihrer Berufstätigkeit im Ausland konfrontiert und entschloss sich, ihr konsequent nachzuspüren, der junge Mitarbeiter des Museums der Ebro-Schlacht in Gadesa gab seinen lukrativen Tourismus-Job auf, um sich am Wachhalten der Erinnerung aktiv zu be-

teiligen. Solche Begegnungen sind Lernprozesse, die nicht hoch genug eingeschätzt werden können..



Schulkinder-Foto im Gedenkraum zum Bombardement Valencias durch Deutsche und Italiener im Rathaus von Valencia. Als eine ihrer ersten Maßnahmen ließ die neue sozialistische Bürgermeisterin von Valencia im Keller des Rathauses einen Gedenkraum einrichten.

Die Zerstörung Guernicas

Claus Michl-Atzmüller hat sich mit der Bombardierung der baskischen Stadt am 26. April 1937 beschäftigt und einen Beitrag darüber verfasst.

Am 18. Juli 1936 putschten die spanischen Faschisten unter der Führung von Generalmajor Francisco Franco gegen die demokratisch gewählte Regierung der Volksfront. Dies war der Beginn eines dreijährigen Bürgerkriegs zwischen Republikanern und rechtsgerichteten Nationalisten. Schließ-

lich siegten die Faschisten und Franco herrschte bis zu seinem Tod 1975. Zum Erfolg der faschistischen Truppen trug die Militärhilfe der Nationalsozialisten bei. Die Wehrmacht hatte ein eigenes Expeditionskorps aufgestellt, die „Legion Condor“.

Die baskische Stadt Guernica liegt 33 Kilometer östlich von Bilbao am Ufer des Flusses Oca. Die Kleinstadt hatte damals rund 6.000 EinwohnerInnen. Zudem hielt sich eine unbekannte Zahl an Kriegsflüchtlings in der Stadt auf, in der es zwei kleine Rüstungsbetriebe gab. Der

Ort hatte aber an sich keine militärische Bedeutung, doch war seine politische eine umso größere. Denn in Guernica befindet sich oberhalb der Stadtmitte das „heilige“ Nationalsymbol der Basken, der Stumpf eines alten Eichenbaumes, wo bis 1876 die Ältestenräte aus dem ganzen Baskenland jährlich zusammenkamen und eine Form der direkten Demokratie ausübten.

In einem dreistündigen Bombenangriff verwandelten am 26. April 1937 Flugzeuge der Legion Condor Guernica in ein Trümmerfeld. Bis zum Eintritt der Dunkelheit wurde die Stadt mit Bomben, Brandbomben und Maschinengewehren in Schutt und Asche gelegt. Mehrere hundert Menschen kamen ums Leben, rund 75 Prozent der Häuser waren vollständig zerstört.

Die Bombardierung Guernicas gehört zu den umstrittensten Ereignissen des Spanischen Bürgerkriegs. Die militärischen

Motive sind unklar. Von deutscher Seite wurde oft behauptet, dass der Angriff der rund 25 Meter langen und zehn Meter breiten Brücke über den Fluss Oca gegolten hätte. Tatsächlich war wohl Guernica kein militärisches Angriffsziel. Eine Munitionsfabrik blieb weitestgehend unzerstört, ebenso zwei entfernt liegende Kasernen. Vermutlich sollte die Zerstörung Guernicas und der gezielte Angriff auf Zivilisten durch Brandbomben zur Demoralisierung der Regierungstruppen und Milizen sowie der gesamten baskischen Bevölkerung dienen, um den Widerstand gegen die faschistischen Truppen Francos zu brechen.

Die Bombardierung Guernicas zählt zu den Sinnbildern des modernen Krieges und der totalitären Ideologien, die ihn befördern. Die Zerstörung der Stadt wurde zum Symbol des faschistischen Terrors gegen die Zivilbevölkerung im Spanischen Bürgerkrieg.



Berühmtheit erlangte Guernica durch ein Gemälde von Pablo Picasso, welches er unter dem Eindruck des Bombenangriffs schuf und wohl die bedeutendste Ikone der Kriegsanklage darstellt



Von Schattendorf zum Justizpalastbrand

Am 30. Jänner 2017 jährte sich der „Schattendorfer Zusammenstoß“ zum 90. Male. Der „Sozialdemokratische Kämpfer“ setzt daher einen Schwerpunkt zum Gedenkjahr 1927. Der zweite Beitrag unserer Serie stammt von Claus Michl-Atzmüller.

Über das Schattendorfer Ereignis erfuhr bereits am 31. Jänner 1927 das ganze Land durch Presseberichte. Die erzürnten Arbeiter drückten ihren Unmut durch Protestkundgebungen aus. In mehreren Großbetrieben Wiens und Wiener Neustadts kam es zu spontanen Streiks. Die Arbeiter-Zeitung veröffentlichte einen sprachlich scharfen Artikel unter der Schlagzeile: „Von Frontkämpfern ermordet!“ Der Tenor dieses Artikels zeugte vom Zorn und von der Wut der ArbeiterInnenklasse. Nur allmählich verstummte die aufgebrachte Stimmung in der Parteipresse. Die Schattendorfer Ereignisse hatten sich tief in das Gedächtnis der sozialdemokratischen ArbeiterInnenenschaft eingepägt und standen als Symbol des Unrechts der Rechten an der Linken. Die ArbeiterInnenklasse erwartete jetzt Genugtuung im Prozess gegen die Täter, die bald nach der Tat verhaftet wurden.

Gegen die Täter Josef Tscharrmann, Hieronymus Tscharrmann und Johann Pinter wurde am 5. Juli 1927 am Wiener Landesgericht für Strafsachen II der Prozess eröffnet. Presse und Öffentlichkeit nahmen regen Anteil am Geschworenenprozess, in dem die Anklage lautete: „Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeiten durch boshafte Handlungen unter besonders gefährlichen Verhältnissen nach § 87 des Österreichischen Strafgesetzes“. Im Prozess haben die Angeklagten nie bestritten, die tödlichen Schüsse abgegeben zu haben, verneinten aber die Absicht zu töten oder zu verletzen.

Die Taten seien stets Notwehr gewesen. Ihre Anwälte verstanden es geschickt, die eigentliche Schuld dem Schutzbund zuzuweisen. Sohin verkündete der Richter am 14. Juli 1927 den Freispruch der Angeklagten, ein Urteil, welches zur Face wurde. Weder die Frage der Mordabsicht noch die Frage, ob eine Absicht bestand, die Opfer schwer zu verletzen, konnten mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit in der Jury bejaht werden. Der Mord wurde als Notwehr dargestellt und die

beschlossen, die Arbeit einzustellen und auf die Ringstraße zu ziehen. Die Wiener Polizei war vor dem Ausbruch spontaner Massendemonstrationen genauso unvorbereitet wie die sozialdemokratische Partei von dem gänzlichen Freispruch der Schattendorfer Frontkämpfer. Der spätere Bundespräsident Theodor Körner und Bürgermeister Karl Seitz versuchten vergeblich, die tobende Menge zu beruhigen. Der Justizpalast war Kristallisationspunkt des Unmutes. Er wurde infolge in Brand gesetzt. Die Situation eskalierte trotz intensiver Bemühungen der handelnden Personen (Dr. Julius Deutsch und Polizeipräsident Dr. Jo-

Durch beruhigende Aufrufe der sozialdemokratischen Partei und des Schutzbundes war die Polizei am 16. Juli 1927 wieder Herr der Lage.

Bereits im Juli 1927 standen also Österreich vor einem Bürgerkrieg und die Demokratie vor ihrem Ende. Die Sozialdemokratie sprach vom „Julimassaker“.

Die Ursachen für den 15. Juli 1927 sind vielfältig. Bereits vor diesem Ereignis hatten politische Auseinandersetzungen zwischen Rechtsradikalen und sozialdemokratischen Arbeitern zum Tod von Linken geführt. Die Arbeiterschaft konnte zudem vom aufkommenden Wirtschaftsaufschwung nicht profitieren. Des Weiteren herrschte Enttäuschung darüber, dass die Sozialdemokratie im Jahre 1920 aus der Bundesregierung ausgeschieden ist und bis zu den Februartagen 1934 kein Koalitionspartner mehr war. Zwiespältig war auch der Umgang von Teilen der sozialdemokratischen Führung zum „Schattendorfer Urteil“. Selbst als die Demonstrationen am 15. Juli 1927 um sich griffen, setzte sich diese unsichere und zögerliche Haltung fort.



Der Brand des Justizpalastes 1927

Täter wurden als „ehrenwehre Männer“ freigesprochen. Noch in der Nacht zum 15. Juli 1927 breitete sich in der Bevölkerung das skandalöse Urteil aus.

Der Freispruch der Täter löste unter den Arbeitern eine ungeheure Verbitterung aus. In den meisten Betrieben Wiens fanden Versammlungen statt. Die Belegschaften vieler Betriebe

hannes Schober). Schober erteilte an seine Polizisten den Feuerbefehl. Bei den Zusammenstößen mit der Exekutive fanden 89 Menschen den Tod, über 600 Menschen wurden verletzt. Obwohl die Polizei in der Innenstadt die „Ordnung wiederherstellen“ konnte, kam es in Außenbezirken in der Nacht vom 15. auf 16. Juli noch zu weiteren Ausschreitungen.

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 hoben das Ansehen der bürgerlichen Koalitionsregierung in ihren Kreisen. Bundeskanzler Ignaz Seipel galt als Retter des Vaterlandes und Polizeipräsident Schober als starker Mann. Doch begnügte sich die christlich-soziale Partei nicht mit dem Gewinn an Prestige. Die Heimwehr sowie antidemokratische Tendenzen im Bürgertum wuchsen an, die letztlich im Jahre 1934 zum Ende der österreichischen Demokratie führten. ■

Holocaust im Comic

Am Anfang waren die Superhelden, die sich im Kampf gegen die Nationalsozialisten profilierten und den Kampfgeist der Alliierten stärken sollten. Jahrzehnte nach dem Krieg erschien mit Art Spiegelmans Maus eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust,

die für heftige Diskussionen sorgte: Darf das vermeintlich triviale Medium Comic sich mit einem Thema wie dem Nationalsozialismus und speziell dem Holocaust auseinandersetzen?

Die Wanderausstellung „Holocaust im Comic“ machte Lern-

und Gedenkort Schloss Hartheim ihre letzte Station. Sie widmete sich von 21. April bis 16. Juli auf differenzierte Weise Holocaust-Abbildungen und -Bezügen in Comics und regte zur reflektierenden Lektüre an. Die Ausstellung war nicht groß, sie hatte aber ein umfangrei-

ches Begleitprogramm zu der sich derzeit verändernden Erinnerungskultur. Ergänzt wurde die Schau um Trailer zu aktuellen Superheldenfilmen und um neue Graphic Novels aus dem Wiener Bahoe-Verlag, die den Holocaust behandeln, wie etwa „Schwere Zeiten“. ■

75 Jahre Attentat auf den „Henker von Prag“

Das Attentat auf Reinhard Heydrich am 27. Mai 1942 blieb bis zum Kriegsende der einzige erfolgreiche Anschlag auf einen ranghohen NS-Funktionär. Ein Beitrag von Claus Michl-Atzmüller.

Reinhard Heydrich war der „Kopf Hitlers für die Endlösung der Judenfrage“, dritter Mann des „Dritten Reiches“ und Statthalter im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren. Heydrich baute den Sicherheitsdienst (SD) auf, der 1939 im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) aufging, dessen Chef er ebenfalls wurde. Als RSHA-Leiter war er einer der mächtigsten Männer des Dritten Reiches und Hauptorganisator des Holocaust. Noch wenige Mo-

nate vor seinem Tod leitete er die Wannseekonferenz, auf der die Deportation der europäischen Juden nach Osteuropa und ihre Ermordung koordiniert wurden.

Jahrelang hatte die Tschechoslowakei das Image, eine höfliche Waffenschmiede für Hitlerdeutschland zu sein. Tatsächlich gab es kaum Widerstand in Böhmen und Mähren. Die Rüstungsindustrie arbeitete reibungslos. Unter diesem Bild

hatte die tschechoslowakische Exilregierung in London unter Edvard Beneš zu leiden. Beneš beschloss den Plan eines Attentats auf Heydrich. Der Tod Heydrichs war das erfolgreiche Ende einer akribisch vorbereiteten Geheimdienstoperation. Der Slowake Jozef Gabčík und der Tscheche Jan Kubiš, zwei ehemalige Unteroffiziere der tschechoslowakischen Armee, hatten zunächst in Großbritannien eine Spezialausbildung absolviert, unter anderem in einem Sabotage-Trainingslager. In der Nacht auf den 29. Dezember 1941 wurden sie mit Fallschirmen in der Nähe von Prag abgesetzt.

Der Deckname ihrer Kommandoaktion - „Operation Anthropoid“ - war nach der altgriechischen Bezeichnung für die sogenannten Herrentiere, eine Unterordnung der Primaten, benannt.

Rund fünf Monate später standen Jozef Gabčík und Jan Kubiš an einer Haarnadelkurve im Norden Prags. Auf dem Weg in die Innenstadt passierte das Cabriolet Heydrichs den Prager Vorort Liben. Hinter der Haarnadelkurve stand plötzlich ein Mann, Gabčík, mit einer Maschinenpistole auf der Fahrbahn und zielte auf beide Insassen. Doch löste sich kein Schuss. Kubiš traf das Hinterrad mit einer Handgranate. Heydrich brach - getroffen durch Granatsplitter - über der Kühlerhaube zusammen. Nach einem tagelangen Todeskampf starb er am 4. Juni 1942.

Die tschechische Bevölkerung war nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich brutalen Vergeltungsmaßnahmen und Racheaktionen ausgesetzt. Das Dorf Lidice zählte 102 Häuser mit 503 Einwohnern. Am Abend des 9. Juni umstellten Angehörige der Gestapo, der SD und der Schutzpolizei den Ort. In der folgenden Nacht wurden alle Dorfbewohner zusammengetrieben und am 10. Juni wurde Lidice dem Erdboden gleichgemacht, obwohl es keine Verbindung zu den Attentätern gab. Alle 184 männliche Bewohner über 16 wurden erschossen, die 198 Frauen ins Konzentrationslager Ravensbrück gebracht, die 98 Kinder nach Lodz deportiert.

Zwei Wochen später erlitt der kleine Ort Ležaky bei Pardubice das gleiche Schicksal. Das Verhängnis von Lidice wurde innerhalb kurzer Zeit in der ganzen Welt bekannt. Lidice wurde zu einem Symbol für den Terror der Nationalsozialisten.

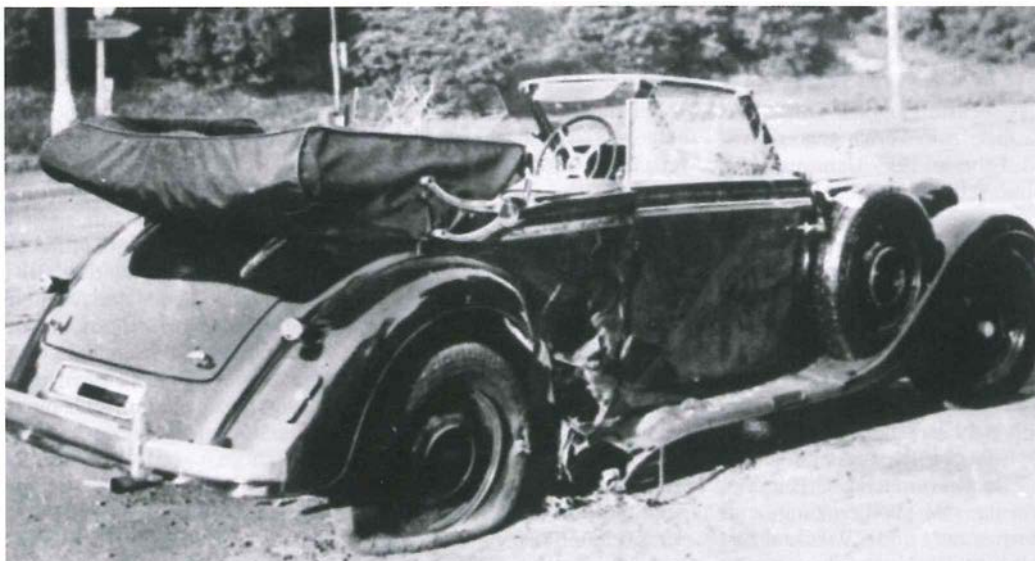
Unweit von Prag, im Nordwesten, befindet sich auf dem Areal des zerstörten Dorfes die Gedenkstätte Lidice. Sie ist sehr pietätvoll angelegt und einen Besuch wert!

Informationen:

<http://www.lidice-memorial.cz/de/>



Das berührende „Denkmal für die Kinderopfer des Krieges“ in Lidice mit 82 überlebensgroßen Bronzestatuen ist den Kinderopfern aller Kriege gewidmet



Heydrichs Wagen Mercedes-Benz W 142 nach dem Attentat vom 27. Mai 1942

Lidice Memorial

Bundesarchiv Bild 146-1972-039-44

Die Tragödie von Telavåg

Das Attentat auf Reinhard Heydrich am 27. Mai 1942 blieb bis zum Kriegsende der einzige erfolgreiche Anschlag auf einen ranghohen NS-Funktionär.

Am 30. April 1942 wurde der kleine norwegische Fischerort Telavåg dem Erdboden gleichgemacht. Die Parallelen zum tschechischen Lidice (siehe Seite 17) sind frappant.

Bis 1942 war Telavåg ein unbekanntes kleines Fischerdorf nahe Bergen weit draußen an der Küste. Telavåg lag isoliert, aber hier gab es Fischkutter, mutige Einwohner und Seeleute, die mit dem Meer vertraut waren. Mit anderen Worten ein

perfekter Ort für den illegalen Bootsverkehr zwischen Norwegen und England. Dies sollte das Schicksal für die Telavåg-Bewohner werden. Nach der Besetzung Norwegens durch die Wehrmacht im April/Mai 1940 („Unternehmen Weserübung“) etablierte sich eine Fluchtbewegung. Die Shetland-Inseln waren dabei neben der Flucht über Land ins neutrale Schweden das bevorzugte Fluchtziel. In Norwegen bürgerte sich hierfür der Begriff Shetland-Bus ein. Lokale Wi-

derstandsgruppen organisierten zunächst Fischerboote, deren Eigner entweder mitfuhr oder die stellenweise schlicht gestohlen wurden. An einem Apriltag 1942 kamen zwei Geheimagenten aus England über das Meer. Sie wurden in Telavåg versteckt. Ein Verräter informierte die Besatzungsmacht. Als die Gestapo eintraf, kam es zum Kampf. Einer der beiden norwegischen Agenten und zwei Gestapooffiziere wurden getötet. Der überlebende norwegische Agent und ein weiterer Bewohner aus Telavåg wurden hingerichtet.

Einige Tage später nahm die Gestapo grausam Rache: Am

30. April 1942 wurde in Anwesenheit des Nazi-Reichskommissars in Norwegen, Terboven, jedes einzelne Haus und Bootshaus, jeder Schuppen in die Luft gesprengt. Alle Frauen und Kinder wurden nach Bergen verfrachtet und bis zum Ende des Krieges interniert. Alle 72 Männer des Dorfes zwischen 16 und 60 Jahren wurden in das KZ Sachsenhausen gebracht. 31 von ihnen überlebten das Lager nicht. Es dauerte vier Jahre, bis das Dorf wieder aufgebaut war. Das Nordseefahrtmuseum in Telavåg dokumentiert das Verbrechen und ist auch Gedenkort für die Ermordeten.

Eine Münchner Widerstandsgruppe gegen Hitler

Worte des Gedenkens an „Die Weiße Rose“ von Claus Michl-Atzmüller.

Im Frühjahr des Jahres 1942 formierte sich im Umfeld der Münchner Universität eine Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime, die sich „Weiße Rose“ nannte. Die christlich motivierte Vereinigung war eher ein Freundeskreis als eine Organisation. Kern der Gruppe waren die Geschwister Hans und Sophie Scholl, Christoph Probst, Alexander Schmorell, Willi Graf und Prof. Kurt Huber.

Die Geschwister Scholl waren anfänglich vom Nationalsozialismus durchaus noch angetan. Doch einte die Studenten letztlich eine gewachsene innere Gegnerschaft gegen das NS-Regime. Die Degradierung des Individuums, der Antisemitismus und besonders der Vernichtungskrieg im Osten waren starke Motive für die Auflehnung gegen den Nationalsozialismus. Das zukünftige Europa müsse demokratisch und in einer engen Zusammenarbeit der Völker aufgebaut werden. Die meisten Mitglieder der „Weißen Rose“ waren dabei von einer starken christlichen Glaubensüberzeugung geprägt. Darüber hinaus verband sie ein großes Interesse an Literatur und Philosophie.

Die Mitglieder der „Weißen Rose“

wollten ihre Landsleute über den wahren Charakter des Regimes aufklären. Abgesehen von den geistigen Werten war es die zunehmende Radikalisierung des Hitler-Regimes und die Brutalität des Krieges. Bis zu ihrer Entdeckung im Frühjahr 1943 erstellte die Gruppe insgesamt 6 Flugblätter und malte regimefeindliche Parolen an öffentlichen Plätzen. Verschieden Gebäude wurden mit der Losung „Nieder mit Hitler“ und „Freiheit“ beschriftet. Bei Zwangseinsätzen im Reichsarbeitsdienst, in Rüstungsbetrieben und an der Front leisteten sie passiven Widerstand.

Das sechste Flugblatt wurde der Gruppe zum Verhängnis, da am 18. Februar 1943 Hans und Sophie Scholl bei der Verteilung dieses Flugblattes durch den Hausmeister der Münchner Universität beobachtet wurden, der sie an die Gestapo verrät.

Am 22. Februar 1943 fand der erste Prozess gegen die „Weiße Rose“ statt. Angeklagt waren Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst. Die Anklage lautete auf „landesverräterische Feindbegünstigung“, „Vorbereitung zum Hochverrat“ und „Wehrkraftzersetzung“. Die Verhandlung wurde vor dem Volksgerichtshof durch-



Vorbilder bis heute: Sophie und Hans Scholl

geführt. Ihr Vorsitzender Roland Freisler verkündete noch am selben Tage die Todesurteile, die umgehend durch die Guillotine verstreckt wurden.

Der zweite Prozess gegen die „Weiße Rose“ erfolgte am 19. April 1943 ebenfalls in München unter Roland Freisler. Gegen Prof. Kurt Huber, Alexander Schmorell und Willi Graf wurde das Todesurteil verhängt, zehn weitere Angeklagte zu Haftstrafen verurteilt. Bis zum 20. April 1945 fanden insgesamt sieben weitere Prozesse statt, darunter gegen die Hamburger Gruppe der „Weißen Rose“.

Der junge Aufstand des Gewis-

sens war gescheitert, doch bleibt er ein herausragendes Beispiel für den zivilen Widerstand gegen die NS-Diktatur.

Der berühmte Schriftsteller und Erzähler Thomas Mann sprach in einer nach Deutschland ausgestrahlten Rede in der BBC über die Mitglieder der „Weißen Rose“ als Vertreter eines besseren, anderen Deutschlands und versicherte: „Ihr sollt nicht umsonst gestorben sein, sollt nicht vergessen sein.“

Die sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen schließen sich im Gedenken an die „Weiße Rose“ diesen Worten mit Nachdruck an.

Ein Land auf politischen Abwegen

Redaktionsmitglied Claus Michl-Atzmüller hat sich mit der Aushöhlung der Demokratie in Polen beschäftigt und ein Resümee für die vorliegende Ausgabe verfasst.

Am 25. Oktober 2015 brachte die Parlamentswahl in Polen einen massiven Rechtsruck hervor. Die national-konservative Partei PiS (Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit) erhielt eine absolute Mehrheit. Bei dieser Wahl gelang keiner linken und sozialdemokratischen Partei der Einzug ins Parlament. Ein Novum.

Mit dieser Wahl erfüllte sich der Traum Jarosław Kaczyńskis. Soziale Wahlversprechen wie ein großzügiges Kindergeld bescherten den Nationalkonservativen laut Experten den Sieg. Ein Traum, der es ihm ermöglicht, das Land grundlegend umzukrempeln. Tatsächlich verabschiedete die neue Regierung kurz nach ihrem Amtsantritt ein Sozialpaket. Doch sind die demokratiepolitischen Folgen verheerend. Die PiS greift umfassend in die staatliche Institutionen und die rechtsstaatliche Ordnung ein.

So treibt die polnische Regierung die Entmachtung des Verfassungsgerichts voran. Der sozialdemokratische Außenminister Luxemburgs Jean Asselborn, der seit 2014 auch für Immigration und Asyl zuständig ist, sprach davon, dass die Entwicklung Polens an ein diktatorisches Regime erinnert. Durch Gesetzesnovellen und verfahrensrechtliche Eingriffe soll der Verfassungsgerichtshof gelähmt und marginalisiert werden. Zudem übt der Justizminister nach einer Gesetzesreform nun zusätzlich das Amt des Generalstaatsanwaltes aus. Die bisherige Gewaltenteilung wurde damit faktisch ausgehebelt.

Die PiS nimmt auch die öffentliche-rechtlichen Medien ins Visier. Vorstände von Fernsehen, Rundfunk und Co. werden seit einer Reform durch die Regierung bestimmt. Journalisten wurden entlassen und durch katholische und nationalkonservative Kandidaten ersetzt. Die Pressefreiheit wird also Schritt für Schritt untergraben.

Ein drohendes Abreibungsver-

bot brachte zehntausende Menschen auf die Straßen. Durchaus mit Erfolg, denn zum ersten Male rückte eine an sich unnachgiebige Regierung von ihrem Plan ab. Allerdings war dieses Vorhaben gar nicht ihres, eine noch radikalere konservativ-katholisch Bürgerbewegung wollte mit dem Gesetzesentwurf Abtreibungen verbieten und unter Strafe stellen. Die Regierung unter Ministerpräsidentin Beata Szydło brachte ein Programm zur Unterstützung schwieriger Schwangerschaften auf den Weg.

Sehr bedenkliche Entwicklungen nehmen neben Polen auch Ungarn unter Viktor Orban und die Türkei mit ihrem Präsidenten Erdogan. In Frankreich stand vor ein paar Wochen die Rechtspopulistin Marine Le Pen in der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen. In vielen Ländern sind Rechtspopulisten und Rechtskonservative am Vormarsch.

Die Sozialdemokratie muss die Ängste der Menschen wahrnehmen, sie aufgreifen, Sicherheit und Existenz bewerkstelligen, aber niemals die bürgerlichen Freiheiten einschränken. Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze. Richtig organisiert sind sie zwei gleichberechtigte Seiten einer Medaille und machbar. Der neue französische Präsident Emmanuel Macron verkörpert ein Kontrastprogramm zur polnischen, aber auch ungarischen oder türkischen Entwicklung. Ein klares und eindeutiges Bekenntnis zur EU.

Ein erster Schritt zur Besserung und Normalisierung der politischen Lage in Polen wäre der Wiedereinzug der Sozialdemokratie in das Parlament. Für die Stabilität der polnischen Demokratie, Sicherung der Grundfreiheiten und Menschenrechte sowie Wahrung von Arbeitnehmerrechten sind Mitte-Links-Parteien unverzichtbar. Diese müssen sich neu formieren und mit einem modernen Programm die Gunst der Wählerinnen und Wähler gewinnen. ■



Czarny Protest („Schwarzer Protest“) 2016: Zehntausende Frauen protestierten gegen eine von der polnischen Regierung initiierte Verschärfung der Gesetze zur Abtreibung

Antisemitismus und Menschenverachtung am Wiener Juridicum

Die Wochenzeitung „Falter“ veröffentlicht eine große Geschichte, der zufolge sich mehrere Funktionäre der ÖH-Fraktion* „Aktionsgemeinschaft“ (AG) am Wiener Juridicum in abstoßender Weise über den Holocaust, das NS-Regime, Menschen mit Beeinträchtigungen und andere Minderheiten lustig gemacht haben sollen.

„Die Unterlagen zeigen eine unerträgliche Verhöhnung der NS-Opfer“, sagte Willi Mernyi, der Vorsitzende des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ). In jedem Fall fordert das MKÖ,

dass die antisemitischen und menschenverachtenden Hetzparolen streng geahndet werden. „Das muss massive Konsequenzen haben – vor allem ist die Strafbarkeit nach dem Verbotsgesetz und dem StGB zu prüfen!“, so Mernyi.

Der Skandal hat auch in der Anwaltskammer Wien ein Nachspiel. Dort ist eine anonyme Anzeige gegen einen Rechtsanwaltsanwärter eingetroffen, der mit Beiträgen in den Gruppen von Mitgliedern und Anhängern der ÖVP-nahen AG aktiv war. ■

ERRATUM

In der letzten Ausgabe wurde Andrej Mohar versehentlich zum „Vorsitzenden“ des Kärntner Partisanenverbandes. Er übt dort allerdings die Position des Sekretärs aus. Die Redaktion bittet um Verzeihung.

Nachrichten an die Redaktion

Zum letzten „Kämpfer“ erreichte uns folgendes freundliches Leserinnenmail von Genossin Bettina Schwarzmayr, für das wir uns herzlich bedanken und das wir an dieser Stelle abdrucken möchten:

„Liebe Genoss_innen, liebe Redaktion!

Ich bin ganz erfreut über diese internationale Ausgabe des „Kämpfers“! Erstens muss ich mir wohl jetzt doch endlich den „jungen Karl Marx“ im Kino ansehen und womöglich muss ich mir auch die Karl Renner-Biografie besorgen. Zweitens freue ich mich schon auf die 1927er-Reihe, aber ich bin vor allem entzückt über die Internationalität der Ausgabe: Von der Bildungsreise Maribor, Triest und Gorica, Shoah in Polen, Kärntner Partisan_innen, Juden in Jugoslawien, NPD-Verbot abgelehnt und Cesare Battisti. Sehr fein international, weiter so!

Freundschaft, Bettina“

Hans Magschok Freiheitskämpfer

aus: **widerstand und
freiheitskampf** (S. 205f.)



*Ihr seid immer noch Kämpfer! Noch lang nicht bequem!
Euer Leben bestand nur aus Tun!
Ihr suchet im Sein nie, was angenehm,
ließt die Hände im Schoße nicht ruh'n.*

*Ihr zeigtet nie Furcht vor der Wölfe Geheul –
Darum gab's für euch Kerker und Mauern.
In euch war der Menschheit besserer Teil,
drum konntet ihr nur andere bedauern.*

*Für euch heißt es Schimpf, Veteranen zu sein!
Herz und Geist hielten wach euch und jung.
Und wo ihr steht, da steht keiner allein!
Ihr kämpft heute noch immer mit Schwung.*

*Viele Jahre Leben zähl'n eure Reih'n,
viele Jahre auch tiefster Bedrängnis.
Doch nichts hinderte euch, immer Menschen zu sein,
nicht Verbannung, Verfolgung, Gefängnis.*

*Ihr seid nicht Veteranen und ruht euch nicht aus,
eucht taugt kaum schon ein Ruhekitzen!
Und ihr hütet voll Aufmerksamkeit euer Haus,
als der Partei strenges Gewissen.*

**Peter Ulrich Lehner (Hg.): „widerstand und
freiheitskampf. lyrische beiträge des
20. jahrhunderts aus österreich“;
Mandelbaum Verlag 2010, 400 Seiten;
ISBN: 978-385476-359-8; € 19.90**

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Vinzenz Jobst, Ali Kohlbacher, Claudia Kuretsidis-Haider, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Robert Patočka, Brigitte Pellar, Samuel Puttinger, Peter Schwarz, Elysa Waltner.

Grafische Gestaltung: Wien Work - Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Juni 2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 1. September 2017

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer
Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M